

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

223 (26.9.1931)

Volksfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE SOZIALBADENS

Anzeigenpreise Die 10 gepaltene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gelegenheitsanzeigen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeterzeile 6 Pfennig. Bei Wiederholung Rabatt nach Zeit, bei Abrechnung des Monats, bei geschäftlicher Beziehung und bei Anzeigen anderer Art tritt ein Ermäßigungsvertrag und Geschäftsabw. Kartenscheine L. 2. o. Solch bei Anzeigen-Konten 8 Uhr vormittags

Antere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wander, Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Junges, Die Musikrevue / Sport und Spiel / Die Welt der

30 Jahre Preis monatlich 2,50 Mark o. Ohne Inflation 2,20 Mark o. Durch die Post 2,60 Mark o. Einpostkarte 10 Pfennig o. Erhöht 6 mal wöchentlich vormittags 11 Uhr o. Postkonten 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karlsruhe L. 2, Waldstraße 28 o. Januar 7020 und 7021 o. Poststrom-Milieu: Durlach, Hauptstraße 9, D. Baden, Telegraphenstraße 12; Rastatt, Rastattstraße 2; Offenburg, Republikstraße 3

Nummer 223

Karlsruhe, Samstag, den 26. September 1931

51. Jahrgang

Pfundsenkung und Neuwahlen

Der Besuch aus Paris

Von Paul Löbe, Präsident des Reichstags

Die deutschen Sozialdemokraten begrüßen Briand und Laval, die am Sonntag aus Paris in Berlin eintreffen, obwohl es nicht ihre Gefinnungsfreunde sind, die bei uns Einkehr halten. Aber der Besuch soll der Verständigung zwischen den beiden Nationen dienen, dem Ziel also, für das die Sozialdemokratie eingetreten ist von Stunde an, da die Kriegshandlungen des furchtbaren Völkermordens abgeschlossen waren. Der Versöhnung zwischen den Völkern und den Regierungen!

Die Verständigung zwischen den Sozialisten beider Länder ist schon seit mehr als zehn Jahren erfolgt. Deutsche Genossen haben in dieser Zeit oft in Paris und anderen Städten Frankreichs vor ihren eigenen Gefinnungsfreunden wie vor öffentlichen Versammlungen gesprochen und mit ihren Reden für die Beseitigung alten Hasses aufrichtigen Beifall gefunden. Französische Sozialisten sind in der gleichen Mission in Berlin und in Duzenden von deutschen Städten begrüßt und bestärkt worden. Zwischen den Sozialisten beider Länder eine Verständigung herbeizuführen, würde nicht so große Schwierigkeiten bereiten, da sie trotz verschiedener Auffassung über manche Einzelheiten seit langem gemeinsam gegen die Ungerechtigkeiten und Unhaltbarkeiten der Friedensverträge protestiert und mitgewirkt haben. Aber unsere französischen und belgischen Genossen hatten nicht die Macht und die Macht, ihre Ansichten durchzusetzen — so wenig wie die deutsche Sozialdemokratie für sich allein diese Macht besitzt.

Solange aber der Einfluss der Sozialisten allein nicht genügt, Frieden und Freundschaft zu sichern, begrüßen und fördern wir jeden Versuch, der zwischen den herrschenden Gewalten in der gleichen Richtung unternommen wird.

Wir heißen Briand und Laval in Deutschland willkommen, obgleich sie Repräsentanten einer Rechtsregierung in Frankreich sind, wie wir den Besuch Brüning und Curtius in Paris gebilligt haben. Wir verhehlen uns nicht, daß der Besuch am Sonntag in eine nicht sehr günstige psychologische Situation fällt, in eine Zeit, in der manches die beiden Regierungen auseinandergebracht hat, statt sie zusammen zu führen. Wir stellen uns einen Augenblick vor, wie viel leichter die Aufgaben wären, wenn in den Regierungen von Frankreich, England und Deutschland Männer der sozialistischen Internationale den entscheidenden Einfluss hätten. Wie verständnisvoll könnten sie sich begegnen, wie viel weniger Mißverständnisse würden obwalten, wie bereitwilliger würde ihre gegenseitige Hilfe sein, als es leider bei vielen Vertretern der bürgerlichen und kapitalistischen Gefinnungswelt der Fall ist. Unter der Regierung Hermann Müllers ist die Räumung des Rheinlandes erreicht worden, die Regierung MacDonald-Benderson ließ ihre wertvolle Hilfe zum ersten reparationsfreien Jahr, das durch Hoover's Vorschlag eingetretten ist. Seitdem sind viele angeklagte Verbindungen wieder loyaler und manches Gefühl ist kälter geworden.

Aber können wir mit der Versöhnung warten, bis die günstigsten Voraussetzungen in jedem Lande erfüllt sind? Können wir etwa künftigen nationalen Verwicklungen mit der Ausrube entgegensehen: wir waren nicht an der Macht, wir waren noch zu schwach, sie zu verhindern? Nein, dafür stehen die furchtbaren Schreden des letzten Krieges noch zu deutlich vor uns, dafür sind die Verheerungen künftiger Gewalttaten zu drohend, als daß wir nicht jeden Versuch, der in der Richtung der Friedenssicherung geht, fördern sollten.

Läßt die psychologische Situation zwischen Gastgeber und Besuchern manche Schwierigkeiten befürchten, so drängen die wirtschaftlichen und internationalen Verhältnisse um so gewalttätiger auf die Verständigung hin. Heute muß sogar Herr Hugenberg auf seinem Parteitag erklären, daß die Völker voneinander abhängig sind, heute muß er jene Verständigungspolitik mit Frankreich erwägen, für die der Sozialdemokratie der Vorwurf des Landesverrats gemacht wurde. So nachdrücklich haben die wirtschaftlichen Lehren des letzten Jahres gewirkt. Seit die ersten Pläne der deutsch-französischen Besuche auftauchten, hat sich die internationale wirtschaftliche Lage weiter verschlechtert. Bald jeder Tag brachte eine Ueberraschung in negativer Richtung, jeder Tag hämmerte einem neuen Teil der Menschheit die Erkenntnis ein, daß nur jene internationale Solidarität einen Weg aus der Misere verspricht, die man früher als sozialistische Illusion verachtete.

Auf diesem Besuch werden sehr konkrete, sehr aktuelle Fragen — über die reine Beseitigung des Mißtrauens hinaus — angeschnitten werden müssen. Es wird, wenn man von dem Ausweg aus der Krise spricht, nicht vorbeigegangen werden können an der Frage einer neuen Revision der Reparationen, an der Frage, wie der Goldschah Frankreichs und Amerikas der Weltproduktion wieder zugeführt oder ein anderes System für den Blutkreislauf der Weltwirtschaft gefunden werden kann. Es wird die Angelegenheit der Handels- und Zollunionen, der Herabsetzung künstlicher Handelshemmnisse weit über den ursprünglichen Plan hinaus einer raschen Lösung zugeführt werden müssen, wenn nicht das Chaos immer größer werden soll. Und es wird nicht bei

Londoner Börse, ab Montag verboten. Es dürfen nur noch Kassageschäfte stattfinden.

Das Pfund erhobte sich am Freitag in den Nachmittagsstunden infolge von Käufen von Paris und Neunort. Diese Käufelstände werden in der City damit erklärt, daß man die Sterlinbesitzer an den dortigen Plätzen mit Rücksicht auf die bereits gespannte Lage vor weiteren Verlusten schützen will. Die Schlußkurse lagen wieder niedriger, Berlin 16, Paris 96, Neunort 3,78%.

Englische Neuwahlen Ende Oktober

London, 25. Sept. (Fig. Draht). Der Premierminister MacDonald ist am Freitag von seinem kurzen Erholungsurlaub nach London zurückgekehrt. Er hielt zunächst einen Kabinettsrat ab und hatte dann Besprechungen mit Vertretern der bürgerlichen Parteien. Im Anschluß daran fand eine Beratung mit Baldwin und Sir Herbert Samuel statt. MacDonald hatte ferner eine Unterredung mit Sir Josias Stamp von der Bank von England und dem Prinzen von Wales, der gewissermaßen den auf dem Lande weilenden König vertritt.

Gegenstand dieser Beratungen war offenbar außer der Entwicklung des Pfundkurses die Frage der Neuwahlen. Eine Entscheidung ist bisher nicht gefallen. Man hat vielmehr den Eindruck, daß der Premierminister selbst noch zu keinem endgültigen Entschluß gekommen ist. Trotzdem rechnet man damit, daß die Wahl Ende des nächsten Monats stattfinden wird und daß angesichts der der Pfundentwicklung schädlichen Anwesenheit und Unruhe eine Entscheidung in allerhöchster Zeit bekannt gegeben werden muß. Die Konservativen wollen unter allen Umständen neu wählen.

Parlamentsauflösung

London, 26. Sept. (Funkdienst). Goening Standard meldet, daß der englische Ministerpräsident am kommenden Mittwoch im Unterhaus die Auflösung des Parlaments verkünden werde.

Konferenz der Innenminister

CMB, Berlin, 26. September. Die Innenminister der Länder treten, dem Lokalanseiger zufolge, heute zu einer Besprechung im Reichsinnenministerium unter dem Vorsitz des Reichsinnenministers Dr. Birk zusammen. Es handelt sich um eine der üblichen Konferenzen zur Erledigung laufender Angelegenheiten. In der heutigen Konferenz dürften die für den Winter sich ergebenden Maßnahmen und der Einzelbestimmungen der großen Notverordnung, besonders die Frage der Handhabung der geplanten Sondergerichte zur schnellen Verteilung von Gewalttaten und Ausschreitungen besprochen werden.

Artambund pleite

Wenn Völkische „führen“

Die sogenannte Artamanebewegung ist von der Pleite ereilt worden. Vor dem Amtsgericht Fischhausen in Ostpreußen mußte das Konkursverfahren über das Vermögen des Bundes Artam e. V. eröffnet werden. Zugleich haben einige Gauleiter ihren Austritt aus dem Bund erklärt, womit er wohl praktisch erledigt sein dürfte. Mit diesem Bund verschwindet eine Organisation, die hinter den Kulissen der „freiwilligen Arbeitsdienstpflicht“ den Wandarbeitern schmutzige Konkurrenz machte und sich darin gefiel, den Gewerkschaften, wo es nur ging, Schwierigkeiten zu bereiten.

Die Ur sachen der Pleite sind in starker Verschuldung des Bundes zu suchen. Die Gau führer erklärten im Anfang, die Schulden allmählich durch Beiträge tilgen zu wollen. Als es dann so weit war, diese Beiträge zu zahlen, haben sie verzögert. So zog man vor, den Konkurs anzumelden. Der Geschäftsführer des Bundes erklärte, daß er kein Amt niederlege, weil die Gau führer ihren Gau über den Bund stellen und weil fernerhin eine positive Arbeit unmöglich ist bzw. unmöglich gemacht wird.

Der Artambund spielt bei den Völkischen eine große Rolle. Der Fall zeigt, wohin wir es mit solchem „Führertum“ brächten.

Das Mädel des SA-Mannes

Oder eine peinliche Gewissensfrage

In dem Reglement für die SA für die Rheinlande wird der Verkehr des SA-Mannes wie folgt geregelt:

„Auch soll der SA-Mann sich nicht auf die gleiche Stufe stellen mit denen, die von unbedeutlicher Art anseht sind. Er soll diejenigen verachten, welche unbedeutliche Sitten und Gebräuche annehmen haben und die Ehre der deutschen Frau und Mutter durch ihr Tun aufs tiefste verletzen. Kein SA-Mann sollte mit einem Mädchen verkehren, das unbedeutliche Kleidung trägt.“

Doch wenn, so fragt die Rheinische Zeitung, der wir diesen Vorhang entnehmen, das Mädchen die unbedeutliche Kleidung auszieht, was dann?

Fortssetzung der Geldnot

Amsterdam, 25. September. (Fig. Draht). Die Amsterdamer Börse unterlag am Freitag infolge der schweren Entwertung des englischen Pfundes wieder einer sehr nervösen Stimmung. Auf niederländische Obligationen und Staatsanleihe wurde stark angeboten, während zunehmende Nachfrage nach Industriepapieren in einer unbedeutlichen Kurssteigerung ihren Ausdruck fanden. Die deutsche Mark, deren Kurs mit 55,75 gegenüber normal 59,27 am Donnerstag einen Tiefpunkt erreicht hatte, erholte sich am Freitag wieder auf 56,25. Das englische Pfund verlor abermals und wurde mit 8,80 notiert, so daß es bereits 3,30 Gulden gegenüber dem normalen Stand eingebüßt hatte. Gegen Schluß der Börse wurde die Stimmung ruhiger.

Paris, 25. September. (Fig. Draht). Das englische Pfund ist am Freitag an der Pariser Börse weiter gefallen. Am Donnerstag wurde es zuletzt mit 98% gehandelt. Am Freitag gab es bis auf 88% nach. Der Dollar und die Lire konnten sich behaupten, während die schwedische Krone, die in den letzten Tagen besonders schwach war, sich erheblich besserten konnte. Die Tendenz an der Erietenbörse war nach den letzten drei Hausjungen ausgesprochen schwach. Drei große französische Unternehmungen sollen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sein.

Spekulation und Inflationsercheinungen

London, 25. September. (Fig. Draht). Die Anpassung der Aktienkurse an der Londoner Börse an den veränderten Pfundwert geht von Tag zu Tag mehr in Spekulation über. Die Besitzer festverzinslicher Werte steigen in Aktien um, so daß der Abstand zwischen den im Kurs anstehenden Aktien und den sinkenden festverzinslichen Werten immer größer wird. Das sind Inflationsercheinungen, obwohl man von Inflation in England im Sinne einer Aufblähung des inneren Kredits bisher nicht sprechen kann.

Die Bank von England wird im Gegenteil — damit rechnet man wenigstens in der City — den Diskontsatz, der seit der Aufgabe des Goldstandards 6% beträgt, noch weiter erhöhen, um einer Ausdehnung des Geldumlaufs vorzubeugen, welche durch die Beseitigung des Emporis und der inneren Wirtschaft infolge des sinkenden Pfundkurses bestimmt eintreten könnte. Um die Spekulation zu bekämpfen, ist das Termingeschäft, die übliche Methode an der

Großer Bankkrach in Paris

Paris, 26. September (Funkdienst). Die heute in Schwierigkeiten gekommene Banque Nationale de Credit steht unter den 6 größten französischen Depositenbanken ihrem Geschäftsumfang nach an vierter Stelle. Sie wurde im Jahre 1913 gegründet und unterhält allein in Paris 37 Filialen. Außerdem 513 Filialen in und drei Auslandsfilialen. In Anbetracht dieser großen Zahl von Filialen würde ein endgültiger Zusammenbruch der Bank über das ganze Land starke Unruhe verbreiten. Auf diese Wahrscheinlichkeit ist sicherlich das schnelle Eingreifen der staatlichen Stellen zurückzuführen.

Die Bilanz der in Schwierigkeiten befindlichen Bank vom 31. Dezember 1930 weist an Einlagen 5,5 Milliarden Franken auf. Das sind mehr als 900 Millionen Mark. Die eigenen Mittel — Aktienkapital und Reserven — werden mit 494 Millionen Franken oder 82 Millionen Mark ausgewiesen. Für das Geschäftsjahr 1930 zahlte die Bank noch eine Dividende von 14 Prozent.

Hohes Defizit auch in Italien

Unter Mussolinis Regime kein Jota besser

Berlin, 25. Sept. (Fig. Draht). Der italienische Staatshaushalt weist in den ersten drei Monaten des laufenden Budgetjahres bereits ein so hohes Defizit auf, daß sich die Regierung am Freitag zu einer vorläufig 15-prozentigen Zollerhöhung veranlaßt gesehen hat. Die Erhöhung gilt mit einigen Ausnahmen für alle Einfuhrwaren, für die in den bestehenden Handelsverträgen keine Vorzugsbehandlung festgelegt ist. Sie trifft also auch die beträchtliche Ausfuhr Deutschlands nach Italien.

Oesterreichs Anleihegesuch erhält Zustimmung

Genf, 25. September. (Fig. Draht). Die Unterstützung des Oesterreichischen Anleihegesuches durch das Finanzkomitee erhielt im Völkerbundsrat ihre Zustimmung mit besonderen Glückwünschen von Italien, Frankreich, England, Deutschland, Polen und Jugoslawien an den Kanzler Burech und seine Regierung. Durch die angenehme Entschliebung zur Hilfe für Ungarn wird das Finanzkomitee ermächtigt, die notwendigen Maßnahmen zur Prüfung und Befreiung der ungarischen Finanzlage zu treffen.

Völkerbundspersonal gegen Gehaltskürzungen

CMB, Genf, 25. September. Die Frage einer Kürzung der Gehälter der Völkerbundsbeamten und Angestellten ist praktisch in neulichem Sinne entschieden worden. Heute vormittags hat eine Betriebsversammlung des Personals mit 214 gegen 202 Stimmen beschlossen, sich nicht freiwillig zu einer Gehaltskürzung anzubieten. Es ist bekannt geworden, daß auch Sir Eric Drummond gegen die Gehaltskürzungen ist.

„Graf Zeppelin“ auf dem Rückflug

Nach einer Meldung der Associated Press aus Pernambuco ist „Graf Zeppelin“ zum Rückflug nach Friedrichshafen gestartet.

der Koalierung einzelner Industrien bleiben können, die man hier und da erwägt und für die der neue französische Botschafter sicher der geeignete Wegbereiter ist, sondern die gesamte Wirtschaft der beiden Länder muß zu einer vernünftigen Zusammenarbeit gebracht werden.

Wenn es endlich einmal gelingt, diese Aufgaben ihrer Erfüllung näher zu bringen, dann ist der Besuch nicht umsonst gewesen, nicht umsonst für die dringendste Aufgabe, für die Milderung der gegenwärtigen Not. Deshalb wünschen wir ihm den ungehörten Verlauf und den vollen Erfolg. Darüber hinaus aber lehrt den Sozialisten doch jeder Tag, daß zur gänzlichen Überwindung der Not nicht mehr die Koalierung der kapitalistischen Nationen, sondern die Ablösung des verfallenden Kapitalismus durch eine bessere Wirtschaftsform nötig ist.

Wenn Brüning und Laval, Briand und Curtius sich die Hände reichen, soll das unseren Beifall finden — gelöst aber werden die Probleme erst dann, wenn der deutsche und französische Proletariat seine Hände ineinanderlegt und die Geschichte beider Länder lenkt.

Der Besuch der franz. Staatsmänner

Paris, 25. September. Mit dem Zuge, mit dem Ministerpräsidenten Laval und Außenminister Briand Samstag um 16.25 Uhr Paris verlassen, werden auch 32 Pressevertreter fahren. Für die Minister und ihr Gefolge sind Wagen vorsehen. Mit ihnen werden u. a. der Generalsekretär des Außenministeriums Philippe Berthelot, der Kabinettschef Briand, Leger und der Kabinettschef Laval, Monier, ferner Professor Dejean fahren, der seit Jahren als Dolmetscher Briands tätig ist.

Die Nazis werden auf einmal liebenswürdig

Die Reichsregierung der NSDAP hat allen ihren Angehörigen die Teilnahme an etwaigen Kundgebungen gegen die französischen Minister verboten. Jede Zuwiderhandlung wird mit dem sofortigen Ausschluss aus der Partei bestraft.

Curtius bei Brüning

Berlin, 25. September. (Eig. Draht). Der Reichsfinanzminister Curtius am Freitag zu einer längeren Besprechung. Die Aussprache soll am Dienstag nach dem französischen Ministerbesuch fortgesetzt werden, so daß mit dem Rücktritt von Dr. Curtius nicht vor Mitte nächster Woche zu rechnen ist.

Neuwahl in Hamburg!

Hamburg, 24. September. (Eig. Bericht.)

Die Hamburger Bürgerwahlen, die am Sonntag durchgeführt sind, ist mehr als ein lokales Ereignis. Ihr Ergebnis wird von kompromittierter Bedeutung sein zur Feststellung der psychologischen und politischen Rückwirkungen, der Wirtschaftskrise auf die Stimmung des Volkes, zumal die wirtschaftliche und die politische Krise in den letzten Monaten eine so scharfe Zuspitzung zu einer Reich, Länder und Gemeinden einschneidenden Vertrauens- und Finanzkrise erfahren hat, die auch gegenüber dem September des Vorjahres eine völlig neue Situation geschaffen haben.

Das äußerte sich schon in der Führung des Wahlkampfes durch alle Parteien in Hamburg. Eine Hochflut von Flugblättern und Wahlzetteln, von Versammlungen und Aufmärschen beherzten das Stadtbild. Führende Persönlichkeiten fast aller Parteien sprachen zu ihren Wählern. Ein ungeheures Ausmaß nahmen die Schwandelfeldzüge und Verleumdungen der Nazis und Kommunisten gegen ihren gemeinsamen Gegner, die Sozialdemokratie, an. Die Verweilungsstimmung der notleidenden Massen ist noch nie in einem solchen Maße mißbraucht worden, wie es im Hamburger Wahlkampf vornehmlich durch die Kommunisten geschehen ist! Demgegenüber steht allerdings die Tatsache, daß die mutterartige sozialdemokratische Organisation in Hamburg mit ihren mehr als 50.000 Mitgliedern einen Wahlkampf geführt hat, der in seiner Aktivität und Begeisterung alle früheren Wahlkämpfe übertrifft. Der sozialdemokratische Wahlkampf war getragen von dem Bewußtsein, daß amüsante, entscheidende Mitverantwortung in Hamburg auf allen Gebieten der Kommunal- und der Landespolitik gerade in der Weltkrisenstadt Leistungen für die werktätigen Massen ergehen hat, die trotz der furchtbaren Krise als sichtbare Zeugen positiver sozialistischer Arbeit im Bewußtsein hunderttausender Hamburger lebendig sind. Leistungen, die dazu, wie auf dem Gebiete der sozialen Fürsorge, trotz der Krise in großem Ausmaß aufrechterhalten werden konnten.

Zweifellos ist die soziale Aufbauarbeit in Hamburg durch die Wirtschaftskrise und Finanzkrise gehemmt und bedroht worden. Ebenfalls aber ist es zweifelhaft, daß auch ein Sieg des verfallenden Kapitalismus in Hamburg die Schwierigkeiten kommunaler Arbeit unendlich vermehren und die Aufrechterhaltung einer sozialen Politik außerordentlich erschweren würde, vor nicht zu reden von den stimmungsmäßigen Folgen eines solchen Sieges des Hyperkapitalismus im ganzen Reich.

Hamburg leidet besonders. Sein Hafen ist durch die Krise und die verheerende Wirtschaftspolitik der Reichsregierung verärbet. Über 80 große Dampfer sind im Hamburger Hafen aufgelaufen. 75.000 Familien erhalten Wohlfahrtsunterstützung, die Zahl der Arbeitslosen, die durch Arbeitslosenversicherung und Kriegensfürsorge unterstützt werden, beträgt rund 95.000. Es darf auch nicht übersehen werden, daß sich in der gegenwärtigen Krise der außerordentlich große Zuweg nach Hamburg, der gleich nach dem Kriege einjette, verhältnismäßig bemerkbar macht. Hamburgs Bevölkerungszahl hat wesentlich durch Zuweg in der Nachkriegszeit um 175.000 zugenommen.

Man wird damit rechnen müssen, daß diese Erscheinungen sich im Ergebnis der Hamburger Wahlen auswirken, wie es sich bereits am 14. September 1930 gezeigt hat. Ein ungeschminktes Bild der politischen Kräfteverhältnisse auf Grund der Septemberwahlen 1930 braucht keine Prognose zu enthalten, ist aber doch zur Beurteilung des Wahlergebnisses, wie es auch ausfallen möge, von einiger Bedeutung.

Die Sozialdemokratie erhielt am 14. September in Hamburg rund 240.000 Stimmen. Das war ein Verlust gegenüber der Bürgerwahlen vom Mai 1928 um 15.000 Stimmen. Die stärkere Wahlbeteiligung ergibt aber bei einer Umrechnung auf die Hamburger Bürgerwahl, in der die Sozialdemokratie von 160 Abgeordneten 60 stellt, eine Verminderung dieser Zahl um etwa 8. Die Kommunisten steigerten ihre Stimmenzahlen von 116.000 im Mai 1928 auf 135.000 im September 1930. Am stärksten war der Zuwachs der Nationalsozialisten, die gegenüber 17.000 Stimmen im Mai 1928 im September 1930 144.000 Stimmen erreichten. Sehr viel erheblicher als bei der Sozialdemokratie waren die Verluste vor allem bei den Deutschnationalen, aber auch bei der Deutschen Volkspartei und der Staatspartei. Das Ergebnis der Septemberwahlen des Vorjahres hätte aber der jetzigen Hamburger Koalition (Sozialdemokratie, Staatspartei und Volkspartei) immer noch eine Mehrheit in der Hamburger Bürgerwahl gesichert. Ob auch die jetzt bevorstehende Bürgerwahlen diese Mehrheit erhält, muß fraglich bezweifelt werden, in erster Linie im Hinblick auf die Deutsche Volkspartei und die Staatspartei. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Zusammenbruch dieser beiden bürgerlichen Nationalparteien, die in Hamburg immer noch eine relativ starke Stellung haben, weiter fortgeschritten ist.

Es kann aber auch nicht geleugnet werden, daß die wirtschaftliche Lage und damit die psychologische Situation der breiten Massen in erster Linie den Kommunisten zugute kommen wird. Wie wenig man darin an sich ein Erkenntnis zum Volkswissens haben darf, ist aus der einfachen Tatsache zu ermitteln, daß die kommunistische Partei in Hamburg bei den Septemberwahlen zwar 135.000 Stimmen erreichte, aber heute nur über kaum 10.000 Mitglieder verfügt. Die kommunistische Hamburger Volkszeitung hat in ihrem ganzen Verbreitungsgebiet nur rund 8500 Abonnenten. Wer die KPD wählt, begeht eben nur eine Verzweiflungstat.

Nun lassen gewisse Anzeichen den Schluß zu, als ob es sich bei dem zu erwartenden Erfolge der KPD nicht so sehr um eine Abwanderung eines sozialdemokratischen Wähler handelt, als vielmehr um Stimmen aus der Partei der Nichtwähler und der Nazis. In der Partei der Nichtwähler scheint eine Umgruppierung vor sich zu gehen. Es rufen neue Massen Resignierter hinzu, während andere sich zu einer „politischen“ Entscheidung bequemen.

So läßt sich schon heute sagen, daß auch in Hamburg die Sozialdemokratie des starken Vollerwartung politischer Vernunft und positiver Kommunal- und Staatspolitik bleiben wird. Das gilt in jedem Fall. Das Bürgertum wünscht sich zwar schließlich eine bürgerliche Mehrheit in Hamburg. Die Aussichten dafür aber sind geringer denn je. Bei der notorischen Verantwortungslosigkeit der Kommunisten hat natürlich die auch bisher schon vorhandene sozialdemokratisch-kommunistische Mehrheit keine positive Bedeutung. Sie verhindert aber eine rein bürgerliche Regierung, die ein Regime der Nazis wäre. Verliert die Hamburger Koalition ihre Mehrheit, dann wird das natürlich für die parlamentarische Arbeit nicht gerade sehr angenehme Folgen haben. Für die Führung des Hamburger Staates aber wäre die Konsequenz, daß der jetzige Senat als gefälligst über den Senat im Amte bleibt, da sich für die Neubildung eines anders gearteten Senats keine Mehrheit zusammenbrauen läßt. Gustav Dahrendorf.

Handlungsfreiheit für Japan

Ein äußerst bedenklicher Weg des Völkerbundes

Zieht Japan seine Truppen zurück?

Die Note der japanischen Regierung an den Völkerbund

Genf, 25. Sept. In der Note der japanischen Regierung, die sie an den Präsidenten des Völkerbundes gerichtet hat, und in der sie auf den Appell des Völkerbundes zur friedlichen Beilegung des Konfliktes antwortet, wird festgestellt, daß die japanischen Truppen sich bei ihrem Vorgehen in den durch ihre eigene Sicherheit, zum Schutz der Eisenbahnen und die Sicherheit der japanischen Staatsangehörigen bedingten Grenzen gehalten hätten. Die japanische Regierung habe entschlossen das Ziel verfolgt, eine Ausbehnung des Zwischenfalls und eine Verschärfung der Situation zu vermeiden. Es sei ihre größte Sorge, die Angelegenheit auf friedlichem Wege und so schnell wie möglich zu regeln, und zwar durch direkte Verhandlungen zwischen den beiden Ländern. Weiter erklärt die japanische Regierung, daß sie den größten Teil ihrer Streitkräfte in die Eisenbahnzone zurückgezogen und dort konzentriert habe. Außerhalb dieser Zone seien lediglich wenige Truppen zu Vorsichtsmaßnahmen stationiert, geliebt, nämlich in der Stadt Mukden und in der Stadt Kirin. Eine kleine Anzahl von Soldaten ist auf einigen Punkten belassen worden. Diese Maßnahmen trügen aber keineswegs den Charakter einer militärischen Okkupation.

Bleibt China schuglos?

Genf, 25. Sept. (Eig. Draht). In der heutigen Völkerbundsversammlung legte der Vizepräsident Lorrain den Konflikt in Japan dar. Der Rat dankte für die Antwort und untertrug die in der japanischen Antwort enthaltene Befehle der Situation durch Zurückziehung des größten Teils der Truppen in die Eisenbahnzone.

Yoshizawa ließ Japans Antwort auf den Appell des Völkerbundes, den mandchurischen Konflikt beizulegen, ausdrücklich nochmals verlesen „in Anbetracht der Wichtigkeit“. Der Rat hörte also nochmals offiziell die Zurückweisung seiner Einmischung und die Aufrechterhaltung der noch bestehenden Befehle, solange es Japans Sicherheit erfordere.

Außerdem ließ Lorrain auch die japanische Darstellung des Konfliktes, die bereits verteilt war, nochmals verlesen. Danach hätte China die Bahnlinie angegriffen und eine japanische Station überfallen. Die Lage sei kritisch geworden, weil damals an der ganzen Bahnlinie nur 10.000 japanische Soldaten 220.000 chinesischen gegenübergestellt hätten. Die chinesischen Soldaten der benachbarten Garnisonen seien entwandert und die lokalen Behörden unter Aufsicht der japanischen Truppen gestellt worden. Einige Detachements seien in Mukden und Kirin und anderen Orten belassen worden, doch existiere nirgendwo der Zustand einer militärischen Besetzung. Die Regierung sei weiterhin bereit, mit China zusammenzuarbeiten und einen Plan aufzustellen, der für immer die Ursachen weiterer Konflikte ausschließen könne.

Yoshizawa erklärte weiter, im vorliegenden Falle würde der Rat nach seinem ganzen Charakter einen Akt der Klugheit begehen, wenn er eine verfrühte Einmischung vermeidet, die vielleicht Gefahr läuft, eine Situation zu verschlimmern, die sich schon auf dem Wege der Besserung befand. Seine Regierung sei bereit, sofort in Verhandlungen zu einer wirklichen Lösung des Zwischenfalls mit der chinesischen Regierung einzutreten.

Es wiederholte namens Chinas, daß China vertrauensvoll die Entscheidung in die Hände des Rates gelegt und daher Weisung gegeben habe, keinen Widerstand zu leisten. Daher habe jetzt Japan so große Gebiete besetzt. China garantiere die Sicherheit der Japaner, wenn ihre Truppen zurückgezogen würden. Der Rat habe geäußert, daß seine Schritte nur vorläufige seien. Er müsse nun durch sofortige Maßnahmen die Wiederherstellung des status quo herbeiführen. China erlaube, das China garantiert werden, durch die Einleitung einer neutralen Kommission. Wenn sich Japan weiter dieser Notwendigkeiten widersetze, so verletze es seine Verpflichtung aus Artikel 15 des Völkerbundespaktes. Werde dieser Artikel angewandt, so habe der Rat nach festen Bestimmungen zu handeln.

Zur allgemeinen Ueberraschung erklärte Lord Cecil, daß der Rat auf Grund des Artikels 11 angeufen worden sei, er könne daher die Ermahnung des Artikels 15 nicht verheßen, der nur in speziellen Prozessen angewandt werden solle. Der Rat habe nur über die Regelung des Friedens im gegenwärtigen Zustand zu verhandeln, nur dann könne die Regelung erfolgen. Diese Regelung des Zwischenfalls aber sei Sache der Parteien, und er müsse sich darin völlig der Anschauung des japanischen Vertreters anschließen, es sei denn, daß andere Verpflichtungen der Schiedsgerichtsbarkeit in Betracht kämen. Daher hätte der Rat die ersten Schritte getan. Noch vor ihnen seien die japanischen Truppen teilweise zurückgezogen worden und befinden sich jetzt dauernd im Zustand weiterer Zurücknahme. Das sei auch von Chinas Vertreter nicht bestritten worden. Der Rat wünsche die baldige völlige Zurückziehung der Truppen zur Erhaltung des Friedens von beiden Seiten. Habe der Rat Zweifel an dieser Tatsache, so müsse er weiter sehen, welche Schritte er unternehmen solle. Aber bis jetzt habe der Rat seine Aufgabe der Erhaltung des Friedens voll und ganz erfüllt.

Vizepräsident Lorrain verlas abschließend eine Erklärung, wonach die Zurückziehung der Truppen begründet wird. In Japan wird der Appell gerichtet, sobald als möglich alle Truppen zurückzuziehen, an China, die Sicherheit der Japaner zu garantieren. Der Rat wünsche laufend unterrichtet zu sein über die Maßnahmen beider Parteien und vertage die Aussprache über diese Frage bis zu neuen Mitteilungen.

Diese Entscheidung des Völkerbundes wird trotz der sehr anfechtbaren Auslegung des Artikels 11 durch Lord Cecil, in der öffentlichen Meinung aller Völker als ein Rückzug des Völkerbundes vor der entschlossenen Haltung des Japaners angesehen werden müssen. Eine Großmacht hält nach eigenem Eingekändnis widerrechtlich Gebiete einer schwächeren Macht besetzt und erklärt, ihre Truppen erst zurückzuziehen, wenn sie es für richtig halte. Der Völkerbund aber erklärt seinerseits, der Friede sei nun erhalten und drängt damit China, das sich vertrauensvoll seiner Entscheidung unterworfen hatte, die Besetzung seines Gebietes als Friedenszustand anzuerkennen. Außerdem überläßt er China der Vergewaltigung durch Japan und dem Zwang, unter japanischen Bajonetten mit Japanern zu verhandeln. Es ist ein äußerst bedenklicher Weg, den der Völkerbundsrat in dieser Frage zu gehen sich anschickt.

Berufung der Staatsanwaltschaft gegen Kurfürstendamm-Urteil

Berlin, 25. September. Die Staatsanwaltschaft III hat gegen das Urteil des Schnellschöffengerichtes über die Ausschreitungen am Kurfürstendamm Berufung eingelegt, da ihr die Strafe für die angeklagten Nationalsozialisten zu gering erscheint.

Wenn Nazis regieren

Freiheit für rechts, Unterdrückung nach links

Braunschweig, 25. Sept. (Eig. Draht). Am 3. Oktober soll in Braunschweig der Berliner Polizeipräsident Grzesinski in einer öffentlichen Reichsbannerkundgebung sprechen. Die Gausleitung des Reichsbanners hat zu diesem Zweck um die Genehmigung eines Aufmarsches des gesamten Reichsbanners gebeten. Der Nachfolger Franzens, der neue Naziminister Klages, hat auch diesen Aufmarsch verboten, trotzdem fast täglich SA-Kundgebungen auf den Straßen Braunschweigs stattfinden dürfen. Klages scheint an das Volksempfinden Braunschweigs eine generelle Anweisung gegeben zu haben, daß alle Kundgebungen der Linksparteien ohne weiteres zu verbieten sind, während alle Kundgebungen der SA und des Stahlhelm stattfinden dürfen. Dem Reichsbanner ist jetzt die dritte Kundgebung untersagt worden.

Verurteilter Nazitransport

Stuttgart, 25. Sept. (SWD). Das Amtsgericht in Freudenstadt verurteilte den dortigen Ortsgruppenführer der Nazis, Kaufmann Widmann, den Chemiker Hüßler und den Kraftwagenführer Fischer wegen eines nichtgenehmigten Transports von SA-Leuten zu einer Versammlung in Huzendach und zu je 20 M. Geldstrafe.

Der Nazi Publizist Krug aus Forbach, der an der Versammlung in Huzendach teilgenommen und bei dem man ein feststehendes Messer gefunden hatte, sowie der Maschinenarbeiter Reth aus Gausbach, bei dem man zwei Summknüppel gefunden hatte, wurden zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Wahl des kommunalistischen Bürgermeisters ungültig erklärt

Bohlenburg, 25. Sept. (Eig. Draht). Die Bohlenburger Stadtverordnetenversammlung beschloß mit acht gegen sieben Stimmen die Wahl des kommunalistischen Bürgermeisters Dr. Alexander für ungültig zu erklären, weil eine Notabstimmung nicht rechtzeitig genehmigt sei. Die mecklenburgische Regierung hatte schon vor einiger Zeit eine Notverordnung erlassen, nach der kommunalistische Bürgermeister erst am 1. April 1932 sein Amt antreten sollte. Nach dem Beschluß der Stadtverordnetenversammlung wird wahrscheinlich eine Neuwahl erfolgen.

Jakob Finkelstein G. m. b. H. Kohlen, Koks, Briquet, Holz Kaiserstr. 231 (Ecke Hirschstr.) = Fernsprecher Nr. 6275 =

Die Sparaussprache im Landtag

Eine Notrede des Finanzministers / Der Landtag geschlossen

Das Ministerium des Innern - Umfangreiche Berichterstattung - Sachliche Aussprache - Annahme der Sparvorschläge Das Finanzministerium - Auch hier Sparmaßnahmen genehmigt

Die Sparaussprache beim Innenministerium hätte sicher eine große und auch heftige Debatte ausgelöst, wenn die großen Fragen der Verwaltungsreform, Abbau von Bezirksämtern, Umorganisation der Kreise, mit zur Diskussion gestanden hätten. Hier würden sich allerdings wohl auch die größten Einsparungen erzielen lassen. Aber offenbar will an diese Fragen niemand so recht heran, weder die Regierung, noch die Regierungsparteien, noch die Opposition. Denn, wie es auch gemacht wird, irgend welche Teile des Landes werden sich benachteiligt fühlen, und deshalb läßt man diese Dinge vorerst lieber auf sich beruhen. Sie stehen sich allerdings auch in der diesmalig zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht erledigen.

Viel zu sagen war deshalb zu den Sparmaßnahmen beim Innenministerium nicht. Der Abbau ist überwiegend personeller Art. Wenn bei den Heil- und Pflegeanstalten allzu starke Eingriffe unterbleiben, so darf das auf das Konto der Sozialdemokratie gesetzt werden, und im besonderen unseres Genossen Kuhbaum, der an Ort und Stelle die Verhältnisse genau geprüft hat. Als weitere beachtliche Maßnahme mag der Beschluß hervorgehoben werden, daß die Zahl der gehobenen mittleren Beamten verringert werden soll, da die einfachen mittleren Beamten denselben Dienst verrichten können und auch bereits verrichten; auch die Unterschriftenbefugnis soll den einfachen mittleren Beamten erteilt werden. Diese Maßnahme sei besonders begrüßt.

Im ganzen war die Debatte eine kalte und Wesensdebatte. Es wurde viel geredet, aber wenig Neues produziert.

Die Sparvorschläge zum Finanzministerium waren rasch erledigt. Sie wurden ohne Aussprache angenommen. Zum Diskutieren war auch keine Lust vorhanden, denn es wurde bekannt, daß der Finanzminister eine neue Rede über die bedrückende Finanzlage halten werde. Diese Rede war eine schwere Klage gegen die Finanzpolitik des Reichs. Wenn auch die Verhältnisse in der Forst- und Holzwirtschaft sehr große sind und mit ein Großteil des Defizits des Staatshaushalts ausmachen, so ist doch nach den Darlegungen des Ministers in erster Linie die fiskalische Finanzpolitik des Reichs schuld an der Misere der Länder. Der Minister richtete ernste Mahnungen nach Berlin. Ob sie dort gehört und erdört werden? Wir haben keine rechte Hoffnung!

Nach der Rede tobte sich die Opposition aus. Es waren vorwiegend Leistungen der Lunge. Irrend ein greifbarer Vorschlag, wie die Gegner die Finanz- und Wirtschaftsnot beseitigen wollen oder könnten, wurde von keiner Seite gemacht. Das Land und Volk über die schwere Zeit der Not hinwegzubringen, bleibt eben nach wie vor jenen überlassen, die Verantwortungsbewußt sein haben, die nur ein Ziel kennen, die Not zu beseitigen und nicht mit ihr ein politisches Geschäft zu machen.

Um 9 Uhr am Abend hielt es also das Haus für nötig, noch eine hochpolitische Debatte zu veranstalten. In welchem Zwecke, ist eigentlich unverständlich. Schließlich sind doch diese Auseinandersetzungen nicht dazu da, damit die Abgeordneten aneinander hin reden, sondern um auf die Öffentlichkeit zu wirken. Diese Debatte wäre wert gewesen, vor einem vollbesetzten Saale geführt zu werden. Aber so, in der späten Abendstunde, konnte von der Debatte nicht mehr viel erwartet werden! Es ging auf Mitternacht, als der Landtag seine Session 1930/31 beendete.

63. Sitzung
h. w. Karlsruhe, 26. September 1931.

In der Fortsetzung der Beratung über das Spargutachten kommt heute zunächst zum Ausdruck der Abschnitte betreffend das

Innenministerium

Der Ausschussbericht wird von drei Abgeordneten erstattet, und zwar von den Abg. Kuhbaum, Feld und Schill. Das Wesentliche aus den Verhandlungen des Haushaltsausschusses haben wir bereits anlässlich dessen Tagungen mitgeteilt. Die Berichterstattung beanspruchte nahezu 2 1/2 Stunden. — Im Anschluß bearbeitet Abg. Klausmann (Komm.) eine Reihe Anträge seiner Fraktion, wozu er nahezu eine Stunde brauchte.

In der allgemeinen Aussprache unterzucht zunächst Abg. Dr. Hoffmann (Str.) die Ersparnismöglichkeiten. Die Nationalsozialisten verweist er darauf, was sie im Reichstag — nicht geleistet haben! Haben denn die Nationalsozialisten schon jemals einen praktischen Sparvorschlag gemacht? Oder verdrängen sie nicht immer auf später, auf das Dritte Reich. Diese Partei wird an ihrer Unfähigkeit zwischen Vagitation und praktischer Arbeit zugrunde gehen. Das Zentrum hat Sparmaßnahmen immer in den Vordergrund gesetzt. In der Selbstbeschränkung des Parlaments zeigt sich in dieser Hinsicht eine Tugend, keine Unfähigkeit. Auch im Bereich des Innenministeriums des Innern ist der Eindruck gewisser Tendenzen im Spargutachten festzustellen, die den Eindruck einer Neutralität verwecken. Der Redner macht eine Reihe von Sparvorschlägen, so u. a. hinsichtlich der Baupolizei, der Amtsdirektionen, des Bürobetriebs, im Verwaltungsverfahren, Beschwerderecht usw. Die Amtsförderung größerer, leistungsfähiger Kreisverbände würde gebilligt werden. Den Antrag auf Aufhebung des Verwaltungsgerichtshofes lehnt das Zentrum ab. Einsparungen seien aber möglich. Auch bei den Sanitäts- und Handwerkskammern keine Zentralisation. Im landlichen Aufwands läßt sich zweifellos noch viel sparen, vor allem bei der Polizei. Der Redner verliert sich in ungedeute Einzelheiten. Der Redner anerkennt die verdienstvolle Arbeit, die Abg. Kuhbaum im Interesse der Heil- und Pflegeanstalten geleistet; er hat sich persönlich in jeder Anstalt über die Verhältnisse unterrichtet.

Abg. Dr. Schmittbener (DR.) erhebt Widerspruch gegen die Fortführung der Tagesordnung, da alles, was beschloffen worden, überholt sei. Es sei zu verlangen, daß der Finanzminister zunächst die zum 1. Oktober geplante Notverordnung bekannt gebe und der Landtag sich hierüber unterhalte. — Der Antrag des Abg. Schmittbener wird abgelehnt. Es bleibt bei der vorerlebten Tagesordnung. Um 1/2 Uhr wird die Sitzung abgebrochen und die nächste Sitzung auf 1/4 Uhr anberaumt.

64. Sitzung
In der Weiterbehandlung der Tagesordnung führt

Abg. Trints (Soj.)

aus: Das Spargutachten schlägt eine Verringerung unseres Verwaltungsapparates vor. Nach Entschloßung des Staatsministeriums bleibt diese Frage zur späteren Prüfung offen. Wir stimmen dem zu. Unsere Zustimmung aber bedeutet keinen Verzicht auf das Verlangen nach einer allgemeinen, der sog. „großen Reform“ der Staatsverwaltung, deren Ziel sein muß,

einen billigeren, einfacheren, zweckmäßigeren Verwaltungsorganismus.

als wir ihn heute haben, zu schaffen. — Eine Reihe Anregungen auf diesem Gebiete sind in den Eingaben und Denkschriften der Beamtenorganisationen enthalten. Wir erhoffen deshalb in nicht allzu ferner Zeit eine diesbezügliche Vorlage.

Mit der Angliederung der Bezirksämter und Bezirksämterstellen an die Landesämter können wir uns einverstanden erklären. Was die Landesbeamtenangelegenheit angeht, so kann unseres Erachtens diese Frage nur im Rahmen der großen Verwaltungsreform geregelt werden. Zur Zeit wird eine Verminderung der Zahl überhaupt nicht möglich sein, denn die Landesbeamten sind gegenwärtig beinahe ausschließlich mit der Prüfung und Intraffizierung von Gemeindevorschlägen beschäftigt. Aber einmal müssen wir ja aus den Notverordnungen wieder heraus kommen. Den Vorschlag, kleine Gemeinden in zweidienstlicher Weise zu einer leistungsfähigen Gemeinde zusammenzufassen, halten wir für zweckdienlich. Was die Handelskammer anbelangt, so wird der Gedanke, nur eine solche für das ganze Land zu errichten, von uns abgelehnt. Auf die Handelskammer trifft dasselbe zu. Was die Aufhebung von Bezirksämtern anbelangt, so wird eine solche in manchen Fällen nicht zu umgehen sein. Dabei wird natürlich geprüft werden müssen, ob die so gewonnene Ersparnis so groß ist, daß sie die eintretenden Beschlechterungen, die die Bewohner in Kauf nehmen müssen, rechtfertigt. Diese Frage kann aber auch nur im Rahmen der Verwaltungsreform gelöst werden.

Der Antrag der Sparkommission, daß Dienstverrichtungen, die jetzt von höheren Beamten geleistet werden, in allen den Fällen, wo dies angängig ist, von Beamten des einfacheren Dienstes erledigt werden, stimmen wir zu. In einzelnen Stellen wird auch ein gehobener mittlerer Beamter treten können. Die von der Sparkommission vorgeschlagene Vereinigung der Kriminalpolizei mit der Fahndungspolizei scheint uns zweckmäßig zu sein. Auch der Zusammenlegung einiger räumlich günstiger Bezirksämterstellen können wir zustimmen.

Landwirtschaftskammer

Bezüglich der Landwirtschaftskammer heißt es in der Entscheidung des Staatsministeriums u. a.: „Das Ministerium werde wegen Herabsetzung des Aufwandes der Kammer mit dieser in Verbindung treten. Nun finden wir, was wir auch sonst beobachtet konnten, daß Personen und Körperschaften volles Verständnis dafür haben, wenn bei anderen gespart werden soll, daß sie aber in heftige Erregung geraten dann, wenn sie selbst von Sparmaßnahmen betroffen werden sollen. Wenn nun allerdings abgebaut und eine Ausgabendrohung vorgenommen wird, so kann bei der Landwirtschaftskammer nicht halt gemacht werden. Nun heißt es in der Entscheidung des Staatsministeriums hinsichtlich der Landwirtschaftskammer: „Es soll die Frage grundsätzlich geprüft werden, daß der Staat die Förderungen der Landwirtschaft der Landwirtschaftskammer in weitem Umfang überträgt unter Wahrung der staatlichen Interessen.“ Wir werden nun abwarten müssen, was die Regierung in dieser Hinsicht unternimmt. Erwähnen will ich aber namens meiner Fraktion heute schon, daß, wenn die Landwirtschaftskammer ein größerer Aufgabenkreis, „Förderung der Landwirtschaft in weitem Umfang“, wie das Staatsministerium sagt, übertragen wird, so müßten wir verlangen, daß eine andere Zusammenlegung der Landwirtschaftskammer erfolgt. Denn es kommen hier Konventionen und andere Interessen in Frage.

Bei Position Hagelversicherung sind wir der Auffassung, daß die Regierung die Frage der Einführung einer Zwangsversicherung betrachten sollte. Diese Einrichtung muß unseres Erachtens im Interesse der Landwirtschaft getroffen werden. Dem landwirtschaftlichen Schulwesen bringen wir das größte Interesse entgegen. Zu Position Dorotheaerhausämter muß gesagt werden, daß über das lange hinausgehende von Entscheidungen sehr abgesehen wird. Es soll Fälle geben, die nach Umfluß von zwei Jahren noch nicht entschieden sind. In jedem Monat sollte das Verfahren abgeschlossen sein, und wenn Ausbittelfristen mit herangezogen werden müssen.

Bei den

Heil- und Pflegeanstalten

solten umfangreiche Entlassungen vorgenommen werden. Wie wir schon vom Berichtsteller gehört haben, haben wir in Baden die Basisanlagen der Anstalten. Dieser Umstand bedingt mehr Personal. Ein Vergleich mit Württemberg ist nicht möglich, weil in Baden Heilanstalten, in Württemberg Bewahranstalten bestehen. Das Personal der Anstalten weicht sich nun dagegen, daß bei Entlassungen von Personal künftig ausgerechnet werden soll, daß aber bei den Anstalten sehr schonend vorgegangen werde. So sollen 32 Stellen für Lohn- und Tarifbedienstete (Wirtschaftspersonal) einbezogen werden. Wenn nun die Arbeitszeit für das Wirtschaftspersonal auf 54 Stunden vergrößert würde, so bräuchten Entlassungen in so großem Umfang nicht stattfinden und die gewollten Einsparungen würden doch erzielt. Die Voraussetzung der Arbeitszeit für die Pfleger von 57 auf 60 Stunden ist abzulehnen. In anderen Staaten ist sie kürzer als 57 Stunden. Die Entlassung der 235 Pflegerstellen könnte vielmehr in der Weise erfolgen, daß 1. die über 60 Jahre alten Pfleger pensioniert, 2. alle durch natürlichen Abgang freierwerdenden Stellen nicht mehr besetzt werden, 3. durch Arbeitszeitverkürzungen beim Wirtschaftspersonal (240 statt 280 Stunden im Monat) Einsparungen erzielt werden. Das bedeutet zwar auch einen Lohnausfall von 8 M pro Monat. Dieses Opfer aber will das Wirtschaftspersonal bringen, damit nicht so viel ihrer Kollegen entlassen werden müssen. Diese Vorschläge, die das Personal hier macht, sollte die Regierung anzu prüfen. Jedenfalls sollte kein Mann mehr entlassen werden, als sich nicht umgehen läßt. Der Staat darf nicht ohne dringende Not das Arbeitsvermögen vermindern lassen. Teure gärtnerische Anlagen sollten unterbleiben.

Eine ganze Reihe der Entscheidungen, die durch die Sparmaßnahmen getroffen werden, sind an sich bedauerlich, und nur die schlechte Finanzlage des Landes, die noch dazu vom Reich her bedingt ist, zwingt uns, ihnen zuzustimmen. Es kann zugegeben werden, daß, bedingt durch die Kriegsnachwirkungen, durch eine Umhäufung von Aufgaben ein aufgeblähter Beamten- bzw. Verwaltungsapparat zustande kam. Es ist auch richtig, daß bei den oberen Beamtengruppen in der Besoldung des Guten zuviel getan wurde. Es ist deshalb in Ordnung, wenn jetzt hier eine Korrektur eintritt.

Durch diese Sparmaßnahmen werden aber auch untere Beamten- und Anstelltengruppen betroffen, deren bisherige Entlohnung schon nicht mehr als das Existenzminimum darstellte. Wenn wir trotz dieser Tatsachen den Sparmaßnahmen zustimmen, so nur, weil der völlige Zusammenbruch verhindert werden muß, wobei wir auch an die Millionen Arbeitslosen denken. Nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministeriums muß das Land selbst alle Möglichkeiten erschöpfen haben, ehe vom Reich irgendwelche Hilfe zu erwarten ist. Wir hoffen, daß sich international die Erkenntnis durchsetzt, daß das Darüberliegen der deutschen Wirtschaft auch den anderen Ländern schadet, ebenso die Währungsparität durch unerträglich hohe Reparationslasten. Mit dem Wachsen dieser Erkenntnis, der auch entsprechende Handlungen folgen müssen, wird eine Entschloßung der Notlage Deutschlands eintreten.

Abschließend sei gesagt, daß man vom Standpunkt des Weltbürgers feststellen muß, daß die herrschende Not breiter Volksschichten nicht nur in Deutschland ökonomisch nicht bedingt ist. Wir müssen feststellen, daß in der Welt Lebensmittel und sonstige Bedarfsartikel im Überfluß vorhanden sind.

Die Not ist nur eine Folge der Anarchie

die heute in der Güterverteilung und der Produktion herrscht. Der Kapitalismus beweist mit jedem Tag mehr, daß er nicht in der Lage ist, Ordnung in das Chaos zu bringen. Die entbehrliche Regelung einer Bedarfswirtschaft an Stelle der heute betriebenen Profitwirtschaft kann nur der Sozialismus bringen. (Bravo bei der Sozialdemokratie.)

Abg. Silber (Wirtsch. u. Bauernv.) wendet sich gegen die Bildung von Amtsdirektionen; sollten solche Körperschaften gebildet werden, sollen die Gemeinden gehört werden. Die Landeskommission seien abzubauen. Die Gebühren der Privatärzte sollten durch eine Notverordnung gekürzt werden. Eine Opposition gegen die Sparmaßnahmen ist unmöglich; die Maßnahmen müssen durchgesetzt werden, um den Steuerdruck nicht noch mehr zu vergrößern.

Abg. Fischer (Dem.) meint, die Sparvorschläge der Sparkommission seien von vornherein zum Scheitern verurteilt gewesen. Wir haben im Reich noch 17 Finanzminister und keiner hat Geld (weitererle). Die deutsche Kleinstaaterei ist auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. Wir müssen zu einem Einheitsstaat kommen. Der Redner lehnt sich für die Erhaltung der Handwerkskammern ein.

Abg. Waldeck (DRP.) lehnt sich für eine gründliche Reform und die Reorganisation des gesamten Staatswesens ein. Möge kein aber nicht die Reden, sondern die Tat. — Abg. Bergsch (Ev. W.) wendet sich gegen eine so starke Zusammenlegung von Bezirken. — Abg. Sagun (Wirtsch. u. Bauernv.) befaßt sich mit den Sparmaßnahmen bei der Landwirtschaft und vertritt einige lokale Spezialwünsche. — Abg. Mark (NS.) stellt von Schiffbruch des Parlamentarismus. Zum Spargutachten hatte der Redner auch nur allgemeine Redensarten.

Damit ist die Debatte geschlossen. Auf die Schlussworte wird verzichtet. Die Anträge des Haushaltsausschusses wurden hierauf gegen wenige Stimmen angenommen.

Als letzter Abschnitt des Sparprogramms kommt zum Ausdruck das

Finanzministerium

Der Präsident schlägt vor, nur die Berichte entgegenzunehmen und dann abzustimmen. Eine Aussprache soll erst nach folgenden Mitteilungen des Finanzministers stattfinden. Ueber die Beratung der Sparvorschläge zum Finanzministerium im Haushaltsausschuss erstatteten Abg. Seubert und Mentz Bericht. Die Sparmaßnahmen sind überwiegend personeller Art. — Abg. Hönig (Komm.) begründet einen Antrag seiner Fraktion. — Die Anträge des Ausschusses werden hierauf angenommen.

Die Not des Staates

Nach Verabschiedung landwirtschaftlicher Sparanträge ergriß

Finanzminister Dr. Matthes

das Wort zur Abgabe folgender Erklärung: Das Spargutachten ist keine Einheit ähnlich wie ein Haushaltsplan, sondern die Einzelgutachten über die Ministerien sind selbstständig und haben beinahe keine Beziehung zueinander. Das Spargutachten stellt nur eine Summe von Einzelvorschlägen dar, die wertvolles Material für die Aufstellung des Haushaltsplans enthalten. Dagegen ist das Spargutachten kein Gesamtplan, der sich die Erreichung eines bestimmten Zieles, etwa die Sanierung der Staatsfinanzen gestellt hat. Das einzelne Gebiet, das in den letzten Jahren stärker angegriffen wurde, war die

Forstverwaltung

Sie hat aber die Entwicklung der letzten Zeit bereits zu grundlegenden Veränderungen zwangsläufig geführt. Gegenüber einem dem Staatsvoranschlag zugrunde liegenden jährlichen Hiebplan von 820 000 Festmetern werden im laufenden Wirtschaftsjahr voraussichtlich nur 600 000 Festmeter abgebaut. Ob es im nächsten Jahr möglich sein wird, zu dem normalen Hiebplan von 700 000 Festmetern wieder überzugehen, ist vorläufig noch unklar. Gegenüber der bedeutenden Nutzung von Uebererträgen in den früheren Jahren werden wir also in der nächsten Zeit kaum den laufenden Zuwachs nutzen können. Die Ursache dieser Verringerung des Hiebplanes ist die Tatsache, daß sich die gesamte deutsche Forstwirtschaft heute an der Grenze der Unrentabilität bewegt, sie zum Teil sogar schon überschritten hat; das gilt leider auch für unsere doch hervorragenden badischen Staatswälder. Wäre diese noch nie dagewesene Katastrophe über die deutsche Forstwirtschaft nicht hereingebrochen, dann wäre der badische Staatshaushalt unter Berücksichtigung der Einsparungen auf Grund des Spargutachtens heute abgedeckt. Was für den badischen Staat gilt, trifft ebenso, ja in mancher Hinsicht noch stärker, für Hunderte von badischen Gemeinden und Tausende von badischen Waldbesitzern zu. Mit 89 Prozent Waldbäche ist Baden das waldbereichste deutsche Land. In keinem anderen deutschen

Kochen Sie MAGGI'S Suppen
Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld
Viele Sorten wie: Erbs, Reis m. Tomaten, Blumenkohl, Rumford, Spargel, Eier-Nudeln, Pilz usw.



Band ist deshalb das Schicksal des Staates und der Bevölkerung in so hohem Maße mit dem Wald verbunden, wie in Baden. Obwohl die badische Regierung jede Gelegenheit dazu benutzt hat, um das Reich auf die besonders schmerzhaften Auswirkungen des Zusammenbruchs der Holzpreise für Baden hinzuweisen, vermissen wir nach wie vor eine Hilfe des Reiches und der Reichsbahn. So sehr ist deshalb veranlaßt, auch diese Gelegenheit zu benutzen, um gegenüber dem Reich darauf hinzuweisen, daß die jetzige Lage der deutschen Forst- und Holzwirtschaft für Baden die größten Gefahren in sich schließt und daß Hilfe dringend notwendig ist. Die Unrentabilität des Waldes hat auch zu wesentlichen Einsparungen und Vereinfachungen auf anderen Gebieten der Waldwirtschaft, z. B. des Waldbaus, geführt.

Die Regierung ist gewillt und bestrebt, die

Stellung des Beamtentums

möglichst zu wahren. Wenn Einarriffe in das Interessengebiet der Beamtenschaft heute unvermeidbar geworden sind, so ist das eine unvermeidliche Folge der Schwere der heutigen Wirtschaftskrise und der besonderen Lage der Beamtenschaft in Baden. Es ist bedauerlich, daß auch die Beamtenschaft in die Wirtschaftskrisen hineingezogen wird, weil die Stellung des Beamtentums und die Sicherheit des Staates sehr stark miteinander verbunden sind. Es ist sehr lehrreich, das Spargutachten, das in einem Verzeichnis von Baden und Württemberg steht, aus dieser Reichsfinanzstatistik zu ergänzen. Darnach waren am 31. März 1928 beim Land, den Gemeinden und den Gemeindeverbänden in Baden 31 772 und in dem etwa 10 Prozent bevölkerungsreicheren Württemberg 31 915 Beamte und Angestellte beschäftigt. Die Zahl der in der öffentlichen Verwaltung in Baden und Württemberg tätigen Personen war also annähernd gleich. Ihre Gesamtschulden betragen aber im Rechnungsjahr 1927/28 in Baden rund 143 Millionen, im benachbarten Württemberg nur 129,5 Millionen. Dementsprechend betragen die durchschnittlichen Gehälter der Beamten in Baden 4604 M., in Württemberg 4139 M. Dieser Unterschied in bezug auf den öffentlichen Aufwand ist die Hauptursache, warum Baden früher und stärker als unser Nachbarland Württemberg und andere Länder zu Notmaßnahmen gezwungen war. Dieser Vergleich zeigt erneut, daß der Schutz der Beamtenrechte die Beschränkung der öffentlichen Ausgaben voraussetzt.

Je länger die Wirtschaftskrise dauert, umso entscheidender für die Finanzpolitik der Länder wird der Zwang, den das Reich auf die Finanzpolitik der Länder ausübt. Es ist das Reich und das Reichsfinanzministerium, das heute alle Länder zu härtesten Eingriffen in das wirtschaftliche und rechtliche Beamtengebiet zwingt.

Wenn das Reich nur einen kleinen Teil seiner Erparnisse durch den Hooverplan an die Länder abgeben würde, dann könnte ein nicht unwesentlicher Teil der Notmaßnahmen der Länder unterbleiben.

Demgegenüber verlast das Reichsfinanzministerium den Ländern jegliche Hilfe und zwingt sie dadurch, ihre Beamten schlechter als die Reichsbeamten zu stellen. So war die Lage im Juli und so ist sie heute wieder.

Schon in der Regierungserklärung wurde darauf hingewiesen, daß infolge der so optimistischen Schätzungen der Reichsfinanzverwaltungen in der Mitteilung des Reichsfinanzministeriums vom 22. Juni d. J. und infolge Verschlechterung sonstiger Einnahmen zwischen ein neuer Fehlbetrag von 8-10 Millionen Mark entstanden ist. Da das Spargutachten und andere Sparmaßnahmen auf sachlichem Gebiet für den Rest des Rechnungsjahres nur eine Erparnis von etwa 3 Millionen Mark bringen, bleibt also ein weiterer

Fehlbetrag von etwa 7 Millionen Mark

zu decken. Da sich im Juli bei Erlassung des Notgesetzes einige Parteien darüber beschwert haben, daß sie keine Gelegenheit gehabt haben, ihre Wünsche und Vorschläge zu diesem Gebiet vorzubringen, habe ich in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses dielem von der Notwendigkeit der Deckung dieses neuen Defizits Mitteilung gemacht und um Vorschläge zur Deckung desselben gebeten. Die Parteien, die sich im Juli beschwerten, haben aber trotz der ihnen jetzt gebotenen Gelegenheit auf die Lösung dieser Finanzsache einzuwirken, keine wesentlichen Vorschläge gemacht. Deshalb ist nationalsozialistischer Seite dem Reichsfinanzministerium mehr als 12 000 M. auszusparen. Dieser Vorschlag gab mir Veranlassung, einmal feststellen zu lassen, wie viele Beamte in Baden nach dem Stand auf 1. September 1931 Nettobehaltsbesitz über 12 000 M. haben. Das sind im ganzen 113 oder über 23 000 Beamten ein halbes Prozent. Von diesen 113 bestehen 9 ein Nettobehalt über 15 000 M. Würde man nicht diese 113 Beamten einkommen über 12 000 M. jährlich heruntersetzen, so würde für die Hälfte des Rechnungsjahres, das noch vor uns liegt, eine Erparnis von rund 84 000 M. erzielbar sein. Bei einem Fehlbetrag von 7 Millionen Mark könnte man also mit dem nationalsozialistischen Vorschlag etwa 1 Prozent dieses Fehlbetrages decken.

Andere Kreise, vor allem solche der Staatspartei in Baden, bringen zur Zeit die Frage der Sanierung der Landesfinanzen sehr stark in Zusammenhang mit der Frage der Reichsreform. Ich bin ein Anhänger der Reichsreform, aber es ist ein hundertprozentiger Irrtum, wenn man glaubt, daß bei der Sanierung der Landesfinanzen im Jahr 1931 eine Reichsreform irgendwie helfen könnte. Es zeigt sich hier ein eigenartiger Widerspruch zwischen den Forderungen badischer Demokraten und ihrem Parteiführer im Reich. Auch wenn man ein Freund der Reichsreform ist, muß man sich doch darüber klar sein, daß ihre Durchführung große Vorarbeiten und lange Zeit erfordern würde, da sie ein Programm auf lange Sicht ist und selbst das Sofortprogramm, das wir brauchen, sich ändern muß. Bei dieser Vorarbeit kommt für Baden der Fall, daß heute zum größten Teil noch nicht geleistet. Denn während ich bisher in den Ämtern der badischen Regierung, obwohl ich die Demokraten neun Jahre in der Regierung waren und zwei Jahre den Staatspräsidenten, stellen, kaum etwas wesentliches feststellen können.

Die Frage der Reichsreform

Kann sich zunächst einmal auf die Zentralisierung der Verwaltung beziehen. Ohne diese Frage abschließend beurteilen zu wollen, habe ich den Eindruck, daß bei einer Zentralisierung der Verwaltung keine Verbilligung herauskommt. Man verläßt meistens bei der Beurteilung der Möglichkeiten einer Reichsreform auf dem Gebiet der Verwaltung, daß der größte Teil der Landesbeamten ja nicht in der Zentrale, sondern im Land hat, sind in den Ministerien einschließlich der Zentralverwaltungen der Forsten, Domänen und des Wasser- und Straßenausschusses nur etwa 600, also weniger als 3 Prozent tätig, während 97 Prozent der badischen Beamten im Bezirksdienst sind. Die Organisation des Bezirksdienstes — von wenigen Ausnahmen abgesehen — ist aber im wesentlichen unabhängig von einer Reichsreform. Kann zum mindesten von den Ländern allein vereinfacht und verbilligt werden.

Die für Baden wichtigsten Aufgaben und Möglichkeiten einer Reichsreform liegen deshalb auf einem anderen Gebiet. Sie liegen einmal in der Beseitigung des Dualismus zwischen Preußen und Reich und dann in der Schaffung leistungsfähiger Länder durch Zusammenlegung kleinerer Länder ohne Rücksicht auf die historischen Grenzen auf Grund der wirtschaftlichen Lebensbedürfnisse und Entwicklungsbedürfnisse der Gegenwart. Damit wäre nach meiner Meinung für Südwestdeutschland von der für die Länder nicht passenden heutigen Form des Parlamentarismus abgesehen der wichtigste Teil der Reichsreform erfüllt. Was darüber hinaus an Vereinheitlichung in Deutschland noch notwendig ist, das läßt sich ohne Aufhebung der Länderverwaltungen auf dem Wege über die Reichsreform erreichen. — Wenn man aber den Hauptzweck einer Reichsreform für Südwestdeutschland, wie ich dies tue, in der

Schaffung eines größeren südwestdeutschen Oberbeimstaates sieht, dann muß man sich darüber klar sein, daß diese Aufgabe niemals in einer Krisenzeit anzufangen und durchgeführt werden kann; denn die Zusammenlegung von Ländern macht ja die Vereinheitlichung des gesamten Rechts und die Zusammenlegung und Veränderung von Behörden in einem solchen Ausmaß nötig, daß mit ihr zunächst natürlich wesentliche Mehrausgaben verbunden sein werden, also gerade das, was eine Krisenzeit nicht leisten kann. Die Reichsreform wird deshalb kein Mittel, um die finanzwirtschaftlichen Aufgaben unseres Landes in dieser Zeit irgendwie zu erleichtern. Deshalb bleibt, nachdem das Reichsfinanzministerium jede Hilfe verweigert, nur das, was das Reich von uns verlangt, nämlich der

Weg der Selbsthilfe

auf Grund der gegebenen staatsrechtlichen Verhältnisse. Welches ist nun dieser Weg der Selbsthilfe? Darüber hat man in der Presse bereits viele Ansichten und Vermutungen geäußert. Auf diese Mitteilungen sind vorerst nicht zu eingehen, da über keine endgültigen Beschlüsse vorliegen. Vor allem aber gehören die Mitteilungen über Vorschläge, die ich bei der Besprechung mit dem Reichsfinanzminister in Berlin gemacht haben soll, vollkommen in das Reich der Erfindung.

Die Reichsfinanzpolitik hat sich immer mehr zu einer Diktatur über die Finanzwirtschaft der Länder und Gemeinden ausgewachsen.

Wesche von den Vorschlägen des Reichsfinanzministers wir in Baden durchzuführen genötigt sein werden, kann ich heute noch nicht sagen. Die Berechnungen darüber sind noch nicht abgeschlossen. So daß wir überhaupt noch keinen genauen Überblick über ihre Auswirkungen haben. Wir werden aber nur das äußerste Notwendige tun. Um aber bei der Beamtenschaft durch eine Reihe von Preisermittlungen und Erörterungen hineingetragenen Unruhe entgegenzutreten, möchte ich heute schon mitteilen, daß ich den Versuch machen werde, bei den jetzt zu treffenden Notmaßnahmen dem Staatsministerium seine Vorschläge in Richtung auf eine weitere allgemeine Gehaltskürzung, sei es für alle Beamte, sei es für die in der Krise erkrankten ledigen oder kinderlos verheirateten Beamten zu machen.

Das Reich teilt den Ländern und Gemeinden dann weiter mit, daß sie außer etwa in Fällen einer Umstrukturierung oder eines Sonderzuschusses zu den Kosten der Rohstoffverwertungsanlagen, eine finanzielle Hilfe seitens des Reiches nicht zu erwarten haben. Das Reich zwingt die Länder, wenn ihr Etat nicht ausreicht, zu weiteren Eingriffen in das wirtschaftliche und rechtliche Interessengebiet der Beamten und lehnt eine Hilfe auch dann ab, wenn diese Eingriffe noch so harmlos sind. Ich bin der Meinung, daß der jetzt vom Reich beschlossene Weg der Differenzierung zwischen Reich und Ländern unhaltbar ist.

Wenn der Reichsfinanzminister Dietrich den Ländern nur einen Teil dessen gegeben hätte, was er in der Schwach gewordenen Berliner Großbanken eingekassiert hat, dann hätten wir unsere Beamten in Baden im Juli nicht zu kürzen brauchen.

Die Dietrichs'sche Notverordnung ist nur zum Teil eine Stärkung der Stellung der Länderregierungen; ihr Kern ist eine wesentliche Erweiterung der Machstellung des Reiches gegenüber den Ländern auf Gebieten, die bisher von den Ländern selbständig und unabhängig vom Reich geregelt werden konnten. Was wir heute auf finanzwirtschaftlichem Gebiet tun, dafür liegen Ursachen und Verantwortung heute stärker beim Reich wie beim Lande selbst.

Wenn man im Staat eine Million mehr ausgeben will, als auf Grund der jetzigen Steuerlage eingeht, dann muß man die Steuern erhöhen, also erst einer anderen Bevölkerungsmasse die Million wegnehmen, um sie für Staatszwecke ausgeben zu können. In dem Ausmaß, als man die Kaufkraft des Staates erhöht, vermindert man sie also an einer anderen Stelle in der Volkswirtschaft. Das Problem der öffentlichen Ausgaben ist deshalb ganz überwiegend ein Problem der Einkommensverteilung in der Volkswirtschaft. Mit der Veränderung der Einkommensverteilung ändert sich allerdings auch die Richtung der Einkommensverwendung. Dem findenden volkswirtschaftlichen Ertrag müssen natürlich auch die öffentlichen Ausgaben angepasst werden. Da aber das Sinken dieses volkswirtschaftlichen Ertrags in der Krisenzeit eine kontinuierliche Entwicklung darstellt, ist die Aufgabe der Anpassung des öffentlichen Aufwands an den sinkenden volkswirtschaftlichen Ertrag so lange nicht endgültig gelöst und lösbar, als die Wirtschaftskrise ihren Tiefpunkt nicht erreicht hat. Deshalb besteht in der Krisenzeit die Notwendigkeit, den Haushaltsplan immer wieder auszugleichen. Deshalb ist es aber auch unrichtig, aus der Unmöglichkeit eines dauernden Gleichgewichts in der Krisenzeit zu folgern, daß die immer wiederkehrenden Etatänderungen zwecklos und unfruchtbar sind. Sie sind undenkbar, weil ihre Ursachen nicht verstanden werden, aber sachlich absolut notwendig. Die eben kurz geschilderte Grundlinie unserer heutigen Finanzpolitik würde nur dann, wenn auch nicht unrichtig, so schließlich unfruchtbar sein, wenn es unserer Volkswirtschaft und ihren internationalen Beziehungen nicht gelänge, wieder zu stabilen Verhältnissen zu kommen, d. h. wenn es nicht möglich wäre, die Wirtschaftskrise zu überwinden und eine neue Aufstiegszeit zu erreichen.

Die Überwindung einer Wirtschaftskrise heißt Vertrauen und deshalb Ruhe, Ordnung und Sicherheit voraus. Jedes politische Experiment muß die Wirtschaftskrise verlängern und verschlimmern. Krisenzeiten sind Prüfungszeiten, die im Leben der Völker und der Volkswirtschaft ebenso immer wiederkehren, wie im Leben des Einzelmenschen. Das deutsche Volk wird auch die jetzige Prüfungszeit überwinden, wenn es ausdauert und sie trägt wie es der Einzelnen tun muß, in dem Glauben an seine Kraft und seine Zukunft.

Die Aussprache über die Rede des Finanzministers eröffnet Abg. Dr. Schmittknecht (Dnt.), der sich in den heftigsten Ausfällen gegen die Regierung ergriff. Die Rede schloß mit der unter großer Heiterkeit vorgebrachten bombastischen Mitteilung, daß, wenn die Rettung des deutschen Volkes komme, Suaberg in der norddeutschen Reihe der Rette stehe. Gegenwärtig ist zu machen lehnte der Redner ab! — In dieselbe Reihe hieß der Abg. Klausmann (Rom.) und Abg. Köhler (Natio.); auch Abg. Hermann (Wirtsch. u. Bauernpartei) hatte einiges zu kritisieren. Da er nicht in der Regierung ist, hat er auch keinen Anlaß, Gegenwärtig zu machen. — Abg. Hofheim (Dnt.) verlangt einen größeren Einfluß des Parlaments bei der Durchführung verschiedener Maßnahmen.

Abg. Müdert (Soj.)

verweist darauf, daß all die Krisen notwendige Begleiterscheinungen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung sind. Die Krise ist eine Weltkrise. Dies zeigt, daß die Krise mit dem politischen System eines Landes nichts zu tun hat. Alle Anklagen gegen das politische System fallen in sich zusammen. Ob wir bereits in die dritte Stufe des ökonomischen Systems eingetreten sind, in die Stufe des Hochkapitalismus, werden die nächsten Jahre zeigen. Wenn man in Deutschland von einer politischen Schuld sprechen kann, so trifft diese Schuld vor allem die deutsche nationale Rechte. Jeder Staatsbeamte hat uns eine Schwächung des Reiches um hunderte Millionen gekostet. Die Nationalisten handeln aber nach dem Prinzip: Halte den Dieb! Wenn jemand im Hause kein Recht hat, um Demokratie zu sprechen, so ist es der Herr Schmittknecht (heftiges Geheule auf der Rechten). Wie wir uns demokratisch zu verhalten haben, darüber nehmen wir von der Rechten keinerlei Belehrung entgegen. Eine Partei, die bei Annahme des Damesplanes so schamlos ihre Grundzüge verraten hat, hat kein Recht, anderen gegenüber

von Grundfüßen zu sprechen. Eine Partei, die im Volksmunde den Namen Wampe trägt, soll nicht von Grundfüßen sprechen.

Die deutschnationale Partei ist die Partei der Bankrotteure.

Lehrig bleiben von dieser Partei wird nur noch der Herr Dr. Köhler, der Zauberkünstler am laufenden Band. Gegenüber der heutigen Meldung der Neuen Badischen Landeszeitung über Gehaltskürzungen in Baden bemerkt der Redner, daß wer so etwas schreibt, unverantwortlich handelt. Wer so die Beamten anspießt, der handelt im Interesse der Nationalsozialisten. Wir tolerieren die Reichsregierung aus rein politischen Gründen. In der politischen Wirkung sind Nationalsozialisten und Kommunisten einander gleich, Reich, Länder und Gemeinden sind auf Geheiß und Verderb miteinander verbunden. Aber nicht durch Reden wird man der Verhältnisse Meister, sondern wenn man verantwortungsbewußt die Dinge zu meistern sucht. (Beifall bei der Sozialdemokratie). — Es sprechen weiter Abg. Dr. Köhler (Ztr.) Abg. Krülein (Ev. Volksb.) und

Finanzminister Dr. Mattes.

Lehterer bemerkt, daß es heute noch nicht möglich sei, neue Maßnahmen vorzulegen. Das Reich wolle ja auch mit neuen Maßnahmen kommen, deshalb müsse man arbeiten. Die Mitteilung der Neuen Badischen Landeszeitung ist eine rein hundertprozentige Erfindung. Der Redner verweist darauf, daß in Württemberg und Bayern deutschnationale Minister mit dem Zentrum etwa die gleiche Politik treiben, wie er, der Finanzminister, hier. Wenn er also der Handlanger des Zentrums sei, so befindet er sich in guter Gesellschaft. (Stürmische Beifall und Zustimmung bei der Mehrheit). — Damit ist die Debatte erlosch.

Ueber einen Antrag betreffend Gebäudelondersteuer, erstattet Abg. Gagler Bericht. — Abg. Spielmann (Wirtsch. u. Bauernp.) begründet den Antrag. Auch Abg. Fischer (Dem.) redet zur Sache. Der diesbezügliche Antrag des Ausschusses wird schließlich angenommen. — Nach einigen weiteren Kleinigkeiten war die Arbeit des Landtags erledigt. Es wurden noch die üblichen Formalitäten durchgeführt, Wahl des Landständischen Ausschusses, Dank und Gegenstand an den Präsidenten. Es war gegen 11 Uhr am Abend, als Präsident Dunfer den Sessionsabschnitt 1930/31 schließen konnte.

Sport

Handball

Der zweite Seelenheil-Sonntag bringt wiederum recht interessante Begegnungen. Fast sämtliche Mannschaften des 3. Bezirkes sind morgen beschäftigt. Die Tabelle zeigt folgenden Gesicht:

- Gruppe Karlsruhe A: Mühlburg — Durlanden A, Schupport Karlsruhe — Forchheim (16.30 Uhr), Müppurr — Schupport Durlach, Bruchsal — Durlach, Mühlburg II. — Durlanden II A, Müppurr II. — Ettlingen II.
- Gruppe Karlsruhe B: Rastatt — Jagfeld, Orsbach — Mühlbach, Mühlbach II. — Mühlbach II, Mühlbach II. — Karlsruhe-Abb 2.
- Gruppe Durlach-Forchheim: Rietzen — Forchheim, Bergbäusen — Ettlingen, Durlach — Engder.
- Gruppe Rastatt: Durlanden — Geroldsau, Müggensdorf — Au a. Rh., Durlanden II. — Au a. Rh. II.

Spielbeginn jeweils 3 Uhr. II. Mannschaften 2 Uhr. Dienst der Berichtskorrespondenten von 18 bis 19.30 Uhr. A. S.

Aus der Stadt Durlach

Spek und Politik

Nicht daß irgend jemand, wenn er vorliegendes Stichwort liest, etwa glaubt, wir wollen das uralte Sprichwort: „Mit Speck fängt man Mäuse — und Dumme“, auf politisches Gebiet übertragen, mit einer neuen Variante versehen. O nein, nur ein kleines Wortkennnis aus der letzten Hiltterversammlung, die am vergangenen Donnerstag im Kammsaal tagte, soll etwas niedriger abgehandelt werden. Herr Max Müller, der ehemalige Abgeordnete des Ev. Volksdienstes, referierte. Ob er nun alku verlockende Perspektiven aus dem „dritten Reich“ entwickelte oder ab infolge alku längerer Ausführungen seinerseits ein brauner SW-Mann aus Karlsruhe, der vermutlich als Saalshuh fungieren sollte, Hunger verspürte, wer wollte das entscheiden? — Jedenfalls „verlegte besagter SW-Mann seine Stellung“ in die Nähe des Büffels, wo er, anscheinend durch besondere Manipulationen eine an einem Haken hängende Dürckfleischseite ins Rutschgen und Rollen brachte. Wahrscheinlich, damit ihr nichts Schlimmes passiere, nahm er sie unter die Jacke und verschwand. Inzwischen war er nicht beobachtet geblieben, wurde vermisst, darauf er das „Objekt“ über den Hof des Seboldschen Garten warf. Von hier fand die Dürckfleischseite mit Hilfe der Polizei wieder glücklich ins „Lamm“ zurück, während der Dürckfleischliebhaber, vielleicht weniger glücklich, in der Polizeiwachstube landete. Ob der Wirt bei künftigen Hiltterversammlungen seinen Speck wohl ebenso „griffgerecht“ hinbringen wird?

Naturtheater Derschenberg-Durlach. Sonntag, 27. September, findet die Abfchließungsvorstellung „Ein Rabenvater“ von Josef Sarno statt. In den Hauptrollen sind beschäftigt: iDe Damen: Marlon, Helfer, Graebener und Anna Deland, und die Herren: Jordan, Land, Wiesel und Schwall. Beginn der Vorstellung pünktlich 8.15 Uhr.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle und Beerdigungszeiten. 24. September: Annleise, alt 1 Monat 24 Tage, Vater Anton Stirminger, Kaufmann. Beerdigung am 26. September, 14 Uhr. — 25. September: Marie Geier, alt 76 Jahre, Witwe von Ludwig Geier, Betriebsleiter. Feuerbestattung am 28. September, 11 Uhr. Helmut Vanche, Kaufmann, ledig, alt 21 Jahre. Feuerbestattung am 28. September, 14 Uhr.

Beerdigungen: Georg Schöpllin Verantwortlich: Politik, Prestant Baden, Volkswirtschaft, Aus aller Welt, Viehe Nachrichten; E. Gränsbaum, Landtag, Gewerkschaftliche Nachrichten, Partei, Kleine badische Chronik, Aus Mühlbach, Durlach, Gerichtszeitung, Reulleton, Die Welt der Frau; Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Ausflüge; Josef Giffel, Verantwortlich für den Anzeigenenteil; Gustav Krüger, Esmilche wohnhaft in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds G.m.b.H., Karlsruhe

Kunsthaus Büchle-Berth

Das in Karlsruhe und darüber hinaus bekannte Kunsthaus E. Büchle (Abg. B. Berth) verleiht seine Geschäfts- und Ausstellungsräume von der Kollerstraße 132 nach dem Ludwigplatz, Ecke Erdbrunnstraße. Nachdem der Firma im neuen Gebäude Nummer 5 große Schaukasten zur Verfügung stehen, dürfte es sich auf dem Gebiet der Kunst zu einem Anziehungspunkt allerersten Ranges ausbilden. Die Zeit ist leider für die Kunst nicht besser geworden. Umso mehr muß der Mut der Firma Büchle anerkannt werden, durch ihren Unternehmungsgestirnterlei dazu beizutragen, daß das Interesse an der Kunst in der breiten Öffentlichkeit nicht ganz vermindert und andererseits die große Schaulustigkeit des Karlsruher Publikums ihre Befriedigung findet. Größtes Freude die Ausstellung mit einer Kollektion aus Gebhard, Hochheitzig u. Schwarzwaldbildhauern, neben Einzelwerken bedeutender hiesiger Künstler.

DiETRICHs Sparstrumpf — la Wascheide, klares 1 Paar 2.- 3 Paar 5.50 R. ud. H.ugo DiETRICH feinmaschiges Gewebe

Gewerkschaftliches

Der Wald in Not

Das der Wald und seine Wirtschaft in Not sei, darüber wird seit etwa zwei Jahren geredet und geschrieben. Jamohl, es ist richtig, die Waldwirtschaft befindet sich in großer Not. In großer Not deshalb, weil das hauptsächlichste Waldprodukt, das Holz, keine Verwendung findet, nicht verkauft werden kann. Die Krise in der Waldwirtschaft zu beheben, muß ernste Aufgabe aller hierzu Berufenen sein, denn nicht nur der Wald, d. h. der Waldbesitzer, ist in Not, sondern in noch viel größerer Not ist der Waldarbeiter, freilich, davon wird seitens des Waldbesizers, oder derjenigen, die die Not des Waldes in Wort und Schrift betonen, kein Sterbenswortchen geredet oder geschrieben. Da, es war schon das Gegenteil der Fall, man war sogar bemüht, den Waldarbeitern die Not des Waldes in die Schuhe zu schieben.

Der Beruf des Waldarbeiters, des Holzschlägers, gehört schon seit jeher zu den schwersten und gefährlichsten. Zahlreich sind die Unfälle schwerer Art im Berufe. Man sollte man meinen, daß für derart schwere und gefährliche Arbeiten auch ein entsprechend auskömmlicher Lohn bezahlt wird. Doch dies ist nur eine Meinung von Berufsstrebenden. In Wirklichkeit ist das Gegenteil der Fall. Erst in der Nachkriegszeit war es möglich, mit Hilfe der Organisation die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Waldarbeiter zum Teil tariflich zu regeln. Aber auch hier war es nicht möglich, die Löhne dieser jeden Tag ihr Leben aufs Spiel setzenden Arbeiter auch nur einigermaßen denjenigen anderer vergleichbarer Arbeiter anzunähern. Der Beruf eines Holzhamers gilt ja als ungelohnt, höchstens als ansehnlich, und wurde auch dementsprechend belohnt. Doch in unermüdlicher jahrelanger Arbeit war die Organisation bemüht, Schritt für Schritt ein altes Unrecht an der Waldarbeiterschaft gut zu machen, und hier konnte manches verbessert werden. In dieser Arbeit wurde die Organisation durch die katastrophale Abstraktion gehindert.

Unter der Devise „Preisabbau — Lohnabbau“ wurden die Löhne der Waldarbeiter um 6 Prozent gesenkt. Die Löhne wurden gesenkt, vom Preisabbau war nichts zu merken. Doch dieser Lohnabbau, so schwerlich derselbe für die Waldarbeiterschaft war, wäre noch hingenommen worden, wenn die Arbeiterkraft beschäftigt worden wäre. Kaum war der Lohnabbau durch Schiedspruch vom 28. Januar 1931 beschlossen, wurde die Arbeiterkraft durch den Betrieb überhaupt eingestellt oder nur mit einem weniigen Leuten durchgeführt. Es gibt ganze Gemeinden, in denen zahlreiche Waldarbeiter jetzt monatelang arbeitslos und zum Teil sogar ausgesteuert sind. Da die Waldarbeiter zur Krisenunterstützung zugelassen sind, befinden sich diese Waldarbeiter in einer ungeheuren großen Not. Die armen Waldgemeinden, die in der Regel kaum ein Einkommen besitzen, sind selbst bankrott und nicht in der Lage, den sich in schwerster Not befindenden Gemeindegliedern eine Wohlfahrtsunterstützung zukommen zu lassen. (Ich kann Ihnen einen Lebensmittelschein in Höhe von zwei Mark die Woche geben“, so sagte kürzlich ein Bürgermeister eines großen Arbeiterortes zu einem um Wohlfahrtsunterstützung vorstreichenden ausgesteuerten Waldarbeiter mit Frau und vier kleinen Kindern!) Das aufständische Arbeitsamt, aber auch das Landesarbeitsamt haben die Einziehung der Waldarbeiter für die Krisenunterstützung abgelehnt. Der Waldarbeiter, Jamohl, aber ungleich größer ist die Not beim Waldarbeiter. Hier muß eingegriffen werden. Entweder geht uns Arbeit oder heißt uns sonst. Der mit der Krisenunterstützung auch für die Waldarbeiter!

Kapitel Bata

Spät kommt Ihr, doch Ihr kommt!

Solange die Arbeitsmethoden des sächsischen Schuhfabrikanten Bata in Deutschland bekannt sind, solange ist auch der Kampf der deutschen Gewerkschaften gegen diese ausbeuterische Arbeitsmethode niemals unterbrochen worden. Der Aufklärung der Öffentlichkeit durch die deutschen Gewerkschaften ist es sicherlich zu verdanken, daß trotz aller verlockenden Angebote Herr Bata in Deutschland noch keine überwältigenden geschäftlichen Erfolge erringen konnte. Die Fiskusverwaltung nur so hin; einige sind wieder geschlossen worden, sicherlich nicht wegen des großen Andrangs der Käufer. Selbst dem notleidenden Arbeitslosen, erst recht aber dem in Arbeit stehenden, gewerkschaftlich denkenden Widerstreit es, von anscheinend günstigen Kaufangeboten Gebrauch zu machen, wenn er weiß, unter welchen Arbeitsbedingungen die Ware hergestellt wird.

Im Preussischen Landtag wurde nun, wie die Zeitschrift Der freie Arbeiter mitteilt, von Mitgliedern der deutschnationalen Fraktion folgende kleine Anfrage eingebracht:

„In Weimar und anderen Städten Niedersachsens wie auch sonst in zahlreichen Orten kommen immer mehr ausländische Massen-geschäfte auf, was besonders Zweigabteilungen des sächsischen Bata. Solche Geschäfte können unter Benutzung der niedrigen Bata, der geringen sozialen Lasten und anderer Umstände die deutschen Geschäfte und Handwerker erheblich unterbieten; sie ziehen unter Zerstörung des Publikums über die Preisgestaltung und die Qualität der Waren unter Ausnutzung der Notlage die Käufer an und führen weite Kreise des Mittelstandes der Bevölkerung zu, da diese Berufsstände durch die bekannte bis zur Unertlichkeit gestiegene Feuerliche Überlastung aller Art seitens des Reiches, des Staates und der Kommunen sowie die mit behördlicher Unterstützung zustande gekommene tarifliche Bindung nicht in der Lage sind, sich der Auslandskonkurrenz ohne staatliche Stützung zu erwehren.“

Wir fragen das Staatsministerium: Was denkt es angesichts dessen zu tun, um gemäß Art. 164 der Reichsverfassung den selbständigen Mittelstand zu schützen?

Die Anfrage ist nicht von einer Zerstörung des Publikums über die Preisgestaltung und Qualität der Waren. Größer als die Zerstörung, die im ganzen Wortlaut dieser Anfrage liegt, ist die durch Bata betriebene auch nicht. Die bei Bata üblichen Arbeitsmethoden bilden doch das Ideal der Antragssteller und würden von ihnen doch überall dort durchgeführt werden, wo die Machtverhältnisse und eine nicht genügend widerstandsfähige Arbeiterkraft es zuließen. Der Kampf gegen Bata und seine Arbeitsmethode war in Deutschland schon entschieden, ehe die Fragesteller sich äußerten haben. Ab und zu wird ihm für sein Vorgehen in Deutschland noch einmal früher Mut eingeschüttet, wenn ihm die Genunnsfreunde der Fragesteller im Preussischen Landtag, wie selbst in der deutschen nationale Graf Sponek, den Grund und Boden verkaufen, um in Deutschland eine Fabrikationsstätte nach sächsischem Muster einzurichten.

Lohnabkommen der Holzindustrie gekündigt. Der Verband der Holzindustriellen hat am 15. Januar ds. Js. abgeschlossene Lohnabkommen auf Ende Oktober gekündigt.

Aus dem Gerichtssaal

Das erschwundene Zeugengeld

bsch. Der vorbestrafte L. H. aus Kusheim hatte anlässlich einer Verhandlung vor dem Amtsgericht als Zeuge gestanden und verlangte als Geschäftsausfall für diesen Tag 15.— und 5.— Mark Fahrt- und Zehrseld. Nun wurde dem Angeklagten aber nachgewiesen, daß er um jene Zeit unmöglich soweit verfahren konnte, denn kurze Zeit später, als er den Offenbarungseid abgab, gab er seinen Verdienst mit wöchentlich 15.— Mark an. Man hielt also wieder, Lügen haben kurze Beine. Heute gab er zu seiner Entschuldigung an, daß er gerade an dem fraglichen Tag einem Wirt in Karlsruhe Zigarren abliefern wollte und dabei wollte er den Betrag verdient haben, durch die Zeiteräumnisse konnte er diese aber nicht mehr abliefern und so hätte er diesen Ausfall gehabt. Es wurden aber bei der Verhandlung allerdings Unstimmigkeiten festgestellt, so daß das Gericht einen Klaren Betrag für erwiesen hielt, der schon mit Rücksicht auf die schlechten finanziellen Verhältnisse des Staates schwer zu bestrafen sei. Das Gericht erkannte auf die Strafe von 50.— Mark eventuell 10 Tage Gefängnis.

Unterschlagung

bsch. Der Kaufmann S. K. hatte von seiner Lieferfirma zum Zweck des Verkaufes Warenmuster erhalten, die er später nur mit dem vorherigen Einverständnis der Firma verkaufen durfte. Die Muster hatte er jedoch, wie es sonst häufig in dieser Branche ist, ohne die Erlaubnis weiterverkauft und teilweise auch verschickt. Die Lieferfirma verlangte aber diese Muster zurück und da sie nicht mehr vorhanden waren, klagte sie K. auf den Betrag von 548.— Mark ein. Das Gericht hielt die Unterlassung für erwiesen und verurteilte K. zu einer Geldstrafe von 50.— Mark. Nur dem Umstand, daß der Angeklagte noch nicht vorbestraft ist, war die niedrige Strafe zu verdanken.

Teuere Beamtenbeleidigung

bsch. Seit drei Jahren prozessiert der Angeklagte F. G. aus Staffort vor den Gerichten mit einem Bildprophet. Bei diesem gleichen Prozeß erhielt er bereits vor einiger Zeit wegen Beleidigung 70.— Mark Geldstrafe. In einem Brief an das Oberlandesgericht, das seinen Prozeß führte, bezeichnete er die ganze Sache als „Gerichtsschanderei“ und meinte damit seine Richter, die diesen Prozeß führten. Die Urteile war ein Vergleich, den er mit seiner Genossenschaft abschloß und der für ihn unglücklich war. Durch einen Nervenzusammenbruch seiner Frau will er dem Teufel auf den Kopf getreten sein und den Vergleich angenommen haben. Das hat ihn schon lange gereut und heute ist er der Auffassung, daß das Gericht ihn bloß habe hereinlegen wollen. Das kam auch in dem beledigenden Brief zum Ausdruck. Die Beleidigung gab er zu und erhielt dafür eine Geldstrafe von 3 Wochen. Ein bißchen viel für das eine Wort und von der Gerichtlichkeit unserer Gerichte ist er sicher nicht überzeugt.

Vergleich als Klagegrund

bsch. Ein sehr interessanter Fall von Unterschlagung und Untreue spielte sich vor dem Amtsgericht Karlsruhe ab. (Gerichtsschreiber Böhmensch.) Der Kaufmann B. M. aus Karlsruhe hatte von einer Firma Waren bezogen, die er an seine Kunden weiterverkaufen sollte; die dafür eingehenden Beträge sollten aber jeweils laut Vertrag sofort an die Firma verrechnet werden. Der Angeklagte lebte im Jahre 1929, als er diesen Vertrag unterschrieb, in guten Verhältnissen und erst als liberaler der Pleitegeier umgarn, flaute das Geschäft ab und auch die Zahlungen gingen immer schlechter ein. Im Jahre 1930 stellte ein Bilanzrevisor die Vermögensverhältnisse als gut hin, der Angeklagte selbst hatte keine Ahnung, daß er insolvent war. Erst eine nochmalige Revision ergab ein wesentlich anderes Bild. Auf Grund dieser neuen Aufstellung war die Firma zu einem Vergleich gezwungen, wobei die Gläubiger 50 Prozent ihrer Forderungen erhielten. Die Firma

M. K. die diesen besonderen Vertrag abschloß, hatte dabei ca. 3800 Mark zu erhalten. Durch den Vergleich verlor sie 1900 Mark. Wegen dieses Betrages zeigte sie den Ankläger an. Bei den Verhandlungen kam ganz klar zum Ausdruck, daß der Angeklagte bis zum letzten Augenblick alles daran setzte, um gerade dieser Firma zu ihrem Gelde zu verhelfen. Bis zu dem Tage bevor die Zahlungen eingestellt wurden, wurden noch größere Beträge an die Firma abgeliefert. Der Vertreter des Angeklagten, Rechtsanwalt M. A. r. u. m., betonte auch in seinem Plädoyer, daß wenn man den Angeklagten verurteilen wollte, man dann auch die Direktoren der Bank hätte verurteilen müssen, weil sie einen Tag vor dem Zusammenbruch noch die Gelder der Einleger angenommen hat, obwohl ihnen die Lage der Bank genau bekannt war, was bei dem Angeklagten nicht der Fall war. Im Gegenteil, durch die Angabe des Bilanzrevisors sei er noch darin bestärkt worden, daß seine Bilanz in Ordnung sei. Aber wie das im Leben leider wohl immer der Fall ist, der Kleine bekommt den Strich gedreht und den Großen läßt man laufen. So verurteilte das Gericht den Angeklagten wegen Untreue zu 100 Mark Geldstrafe, während es die Unterschlagung als nicht erwiesen anließ.

Internationale Hochstaplerin

Im Karlsruhe, 24. Sept. Vor der Strafsabteilung des Amtsgerichts stand heute in der Person der achtmal wegen Betrügereien verurteilten 30 Jahre alten Krankehschweizer Beria Kirchner aus dieses Landes das Karlsruher Schöffengericht befähigte. Die Angeklagte, die als Hochstaplerin anzuheben ist, bildete auf ein bewegtes Vorleben zurück. Bis 1919 war sie in Berlin in einer Erziehungsanstalt untergebracht. Dann war sie als Empfangsbedame bei einem Professor tätig und ging 1920 nach Amerika. Dort war sie mehrere Jahre verheiratet, bis sie geschieden wurde. In Amerika wurde sie in der Krankenpflege ausgebildet und war bis 1925 als Schiffschwägerin tätig. Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland war sie in Berlin in der Krankenpflege tätig. Sie besitzt die sächsische Staatsangehörigkeit. Vor zwei Jahren hat sie von sich reden gemacht durch falsifizierter Betrügereien, bei der die Erblassensammler der Viktor-Millionenerbschaft die Leidtragenden waren. Wegen dieser Verurteilungen wurde sie 1919 vom Schöffengericht Charlottenburg zu 10 Monaten Gefängnis verurteilt. Im März d. J. wurde sie wegen Betrügereien mit holländischen Wertpapieren und Vergehens wegen Gefährdung verurteilt.

Nach ihrer Strafentlassung wurde sie bei der Frau eines Zeugen, der in jenem Prozeß eine Rolle spielte — er hatte ihr 1000 M. gegeben und bei dem Verkauf der wertlosen Wertpapiere mitgewirkt — als Kriegerin aufgenommen. Es wurde ein Mietpreis von 5 M. täglich bei voller Pension ausgemacht. Es wird der Frau gewohnt zu haben und ohne die Miete bezahlt zu haben, verschwinden zu sein. Des weiteren wird sie beklagt, sie habe sich bei der Vermieterin 30 M. erschwindelt, die angeblich zum Kauf von Anwaltskosten für das Dienstmädchen verwendet werden sollten.

Die Angeklagte bestritt, sich schuldig gemacht zu haben. Sie habe der Frau, die eine Schuldbekundung von 1000 M. an sie geltend machte, einmal 80 und ein andermal 50 M. bezahlt. Dies wird nach der Zeugin entschieden bestritten; vielmehr habe ihr die Angeklagte überhaupt nichts gegeben. Sie sei verschwunden und habe nur eine wertlose Blüte zurückgelassen. Nach den Angaben der Angeklagten fehlte es der Frau an kalten Barmitteln. Es kommt zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen der Zeugin und der Angeklagten, die sich gegenseitig als Klammerväter beschimpfen. Ein Zeuge ist nicht auf diese Zeugin und ihren Mann zu sprechen. Er gibt an, die Zeugin und ihr Mann hätten fünf Jahre lang nur vom Schwindel gelebt. Die Zeugin vermochte sich nicht ruhig zu verhalten und wurde aus dem Sitzungssaal verwiesen.

Das Gericht erachtete die Angaben der Angeklagten für ungläubhaft und verurteilte sie wegen wiederholten Betrugs im Rückfall zu vier Monaten Gefängnis. Die Angeklagte erklärt, sie habe sich nicht des Betrugs schuldig gemacht und werde Berufung einlegen.

Kleine bad. Chronik

Raubmörder an der Grenze verhaftet

Rehl, 25. Sept. Beim Versuch die Grenze nach Frankreich zu überschreiten, ist gestern hier ein gewisser Ulrich Dörflinger verhaftet worden, der in Korntal den Raubmordverbrechen an einem Eisenbahnbeamten gemacht und diesen durch einen Raubschuß schwer verletzt hatte. Der Verhaftete ist bereits durch Stuttgarter Kriminalbeamte hier abgeholt worden.

Erhängt

* Spä (bei Dürmersheim), 25. Sept. Gestern früh erhängte sich hier der Fuhrunternehmer und Landwirt Karl Fehner in seiner Scheune. Die Ursache der Tat ist noch nicht festgestellt worden. Er war schon früher verschiedentlich an Selbstmordversuchen geblendet worden.

Tödlicher Unfall am Rheinbrücken-Neubau

* Mannheim, 25. Sept. Gestern nachmittags kurz vor 5 Uhr ist am Rheinbrücken-Neubau ein 38 Jahre alter, verheirateter Zimmermann aus Groß-Gerau beim Beladen des Bahrgüterwagens verunglückt an einem Nietentwurf hängen geblieben und aus etwa 11 Meter Höhe abgestürzt. Der Verunglückte hat sich dabei in schwerer Verletzung angesetzt, doch er in vergangener Nacht im hiesigen Krankenhaus gestorben ist.

Familien drama infolge Arbeitslosigkeit

* Heidelberg, 25. Sept. Ein Familien drama spielte sich gestern im Saale Sandhofheimer Rathstrasse 8 ab. Der dort wohnende Siegfried H. a. h. war seit einem halben Jahre arbeitslos. Darüber war seine Frau sehr verzerrt und hatte die Absicht, sich von ihrem Manne scheiden zu lassen. Als gestern Haus von dieser Absicht durch eine Gerichtsverhandlung erfuhr, ging er in die Küche und setzte auf seine dort beschäftigte Frau zwei Schüsse ab, und richtete dann die Waffe gegen sich selbst. Beide Eheleute waren sofort tot. Haus war 34 Jahre alt, seine Frau 32 Jahre. Das letzte Jahre alle Kind des Ehepaars befand sich zur Zeit der Tat in der Schule.

Wieder ein Brand im Amtsbezirk Mehlkirch

* Mehlkirch, 25. Sept. Die unheimlichen Brände im Amtsbezirk Mehlkirch nehmen ihren Fortgang. Dem Brand in Langenfeld folgte in der letzten Nacht gegen 12 Uhr ein weiterer Brand in Schwem-

nigen, Amt Mehlkirch. Hier brannte das Anwesen des Landwirts und Fleischhauers Peter Sieber bis auf den Grund nieder. Das lebende Inventar konnte gerettet werden, während Mobilfahrrad und sämtliche Einrichtungsgegenstände im Flammen zum Opfer fielen. Der Schaden wird auf etwa 30 000 M. geschätzt. Dieser Brand ist der dritte in dieser Woche und der siebte in nicht ganz drei Wochen.

* Privatbahn von Forstheim nach Ittersbach
* Forstheim, 25. Sept. Mit Ermächtigung des württembergischen Staatsministeriums ist der Stadt Forstheim das Recht zum Bau und Betrieb einer schmalspurigen elektrischen Bahn von Forstheim nach Ittersbach, soweit württembergisches Gebiet berührt wird, verliehen worden.

* Kleintodes. Der 23 Jahre alte Albert Springer, der in Rembs eine Motorradreparaturwerkstätte betreibt, prozessierte ein durchgebranntes Motorrad auf der Straße nach dem Loche aus. Dabei löste sich ein Radnietteil, der Fahrer stürzte so schwer auf die Straße, daß er einen Schädelbruch erlitt. Kurze Zeit später ist Springer an seiner Verletzung gestorben.

* Mannheim. Donnerstag abend gegen 11 Uhr sprang ein sechsjähriger 19 Jahre alter Arbeiter in selbstmörderischer Absicht von der Friedrichsbrücke auf das Neckarvorland. Er sog sich durch den Sturz eine erhebliche Kopfverletzung zu. Lebensgefahr besteht vorerst nicht. Der Grund zu seiner Tat ist noch unbekannt.

* Glänzendes Meldergebnis zur Schwarzwalddauerleistungsfahrt. Die einjährige für dies Jahr vom Präsidium des Deutschen Reichs-Auto-Clubs veranstaltete Geländekurs, eine Gelände-Zweirad-Leistungsfahrt durch den Schwarzwald über eine 210 Kilometer lange Strecke, die am 27. September mit Start und Ziel Karlsruhe zur Durchführung kommt, hat ein über alle Erwartungen gutes Meldergebnis zu verzeichnen. Nicht nur aus der badischen Gegend, sondern auch aus Mannheim, Frankfurt a. M., Rems, Kaiserslautern, Stuttgart, kommen Bewerber, um sich der Gelände-Leistungsfahrt auf schwierigen Bergbahnen im Schwarzwald zu unterziehen, wobei zahlreiche Teilnehmer sich verschiedentlich an Teams zusammengeschlossen haben. So starteten u. a. drei Württemberg-Fahrer, ein Mannheimer, ein Mannheimer und ein Heilbronn-Fahrer. In der ersten bis jetzt eingegangenen 52 Meldungen vertrieben sich aus gleichmäßig auf Kraftwagen und Kraftfahrer. Da Nachmeldungen noch bis Sonntag früh halb 9 Uhr angenommen werden, kann man wohl damit rechnen, daß sich die Zahl der Wettbewerber noch weiter erhöhen wird. Jedenfalls wird es am Start und Ziel ein buntes Bild geben — bleibt nur der Wunsch offen, daß der Wettergott dem Veranstalter anädia gefinnt ist.

Stoff-Fabriken verkaufen

Seidenstoffe • Bedruckte Kunstseidenstoffe • Einfarbige Wollstoffe • Fantasie-Wollstoffe • Farbige Mantelstoffe • Fantasie-Mantelstoffe • Sportmantelstoffe • Futterstoffe aller Art • Wollene Complete Kleiderstoffe • Druckstoffe • Schwedentextilien • Bedruckte Dekorationsvoiles-Tischwäsche • Weiße Wäschestücke • Bettücher • Bettstoffe • Farbige Wäschestoffe • Pyjamastoffe • Oberhemdenstoffe • Schürzenstoffe • Künstlerdecken • Schlafdecken

Eröffnung unserer Verkaufsstelle Kaiserstr. 205 Donnerstag, den 1. 10., 11 Uhr

direkt

Aus aller Welt

Großfeuer im Hamburger Hafen

Hamburg, 26. Sept. Im Hamburger Hafen ist kurz vor Mitternacht auf dem Dampfer „Neumark“ der Dampf ein Großfeuer ausgebrochen. Auf dem Dampfer lag das Feuer aus bisher noch unbekannter Ursache auf und breitete sich rasch mit großer Schnelligkeit aus. Die Feuerwehre elite mit fünf Zügen und Löschbooten besetzt. Mit diesen Schläuchen wurde Wasser gegeben mit dem Erfolg, daß nach der ersten halben Stunde das Feuer auf seinen Verlaufsbeschränkt werden konnte.

Schneetreiben in Freudenstadt

Am Mittwoch nachmittag herrschte in Freudenstadt geraume Zeit ein regelrechtes Schneetreiben, das auch in Freudenstadt für den 23. September eine ganz große Seltenheit ist. Der Kälteeinbruch beschwerte sich durch eine außergewöhnliche Schärfe aus. Bis auf 800 Meter herab erstreckte sich der ganze Schwarzwald im Wintergewande. Der Schnee lag bis 5 Zentimeter hoch. Auf der Hornisgrünbe ist der Schnee noch höher. Der Feldberg und alle umliegenden etwa gleich hohen Berggipfel haben die merkwürdige Erscheinung aufzuweisen, daß sie in diesem Jahre nur knapp drei Monate schneefrei blieben.

Wenn der Schleier fällt

Mehrere Hundert Berlinerinnen veranstalteten auf dem Marktplatz am Teberan ein Requiem, bei dem sie die Symbole der früheren Frauenkloster, Mantel und Schleier, verbrannten. Es wurde dann eine Bronzetafel in das Straßenpflaster eingelassen, die die Worte trägt: „Hier ruht der Mantel, das Zeichen der verfluchten Frauenkloster“.

Ein Walisisch-Friedensjahr

Die Ueberproduktion an Waren und die vermehrte Absatzkrise haben es mit sich gebracht, daß die skandinavischen Wälder- und Lederfabriken überfüllt sind. Der norwegische Wälderverein, der alljährlich große Schiffe zur Waldarbeit ausrüstet, hat daraufhin beschlossen, ein Jahr lang keine Wälder zu fällen, um die Preise nicht noch mehr zu drücken.

Professor v. Wilamowitz-Möllendorf gestorben

Der Rektor der klassischen Philologie, der Wirkl. Geh. Regierungsrat v. Prof. Ulrich v. Wilamowitz-Möllendorf ist im 83. Lebensjahr in seiner Villa in Charlottenburg sanft entschlafen.

Unerwartete Hilfe im Streit

Die Textilarbeiter in Katerion in Amerika haben seit einigen Wochen in Streik, der durch die rigorosen Abwehrmaßnahmen der allmächtigen Unternehmern erbitterte Formen angenommen hat. Die Streikführer, die sich besonders auch gegen die Frauen und die ungeschuldeten Kinder der Streikenden richten, haben die Bevölkerung von Katerion so erregt, daß sogar die Frauen der Textilarbeiter sich für die Streikenden erklärt haben. Sie erklärten in einer öffentlichen Kundgebung, daß sie mit der Brutalität, mit der ihre Männer vorgehen, nicht einverstanden wären und daß sie ihren Ein-

fluß dahin ausüben wollten, daß der Streik zugunsten der Arbeiter beendet wird.

Berliner Bankfirma schließt die Schalter

Die Bankfirmen S. Schönberger u. Co., Berlin und Amsterdam, sind, wie W.B.-Handelsdienst meldet, in Zahlungsschwierigkeiten geraten und mühten heute ihre Schalter zu schließen. Als Ursachen werden die allgemeine Wirtschaftskrise, die Verschlechterung der englischen Währung und die damit verbundenen Verluste angegeben.

Zusammenstöße zwischen Arbeitslosen und Polizei in Dundee

In Dundee (Schottland) kam es im Anschluß an Arbeitslosen- und Hungerstreiken in verschiedenen Stadtteilen zu Unruhen. Die Demonstranten zertrümmerten die Fensterheben von fünf Läden und verstreuten die Vorräte eines Lebensmittelgeschäftes auf der Straße. Polizisten zu Fuß und zu Pferd zerstreuten die Menschenansammlungen, wobei sie von ihren Knüppeln reichlich Gebrauch machten. 13 Personen wurden wegen leichterer Verletzungen auf der Unfallstation verbunden. Die Zahl der Verhafteten beläuft sich auf über 20.



Die Hauptstraße von Muden, das von den Japanern besetzt wurde.

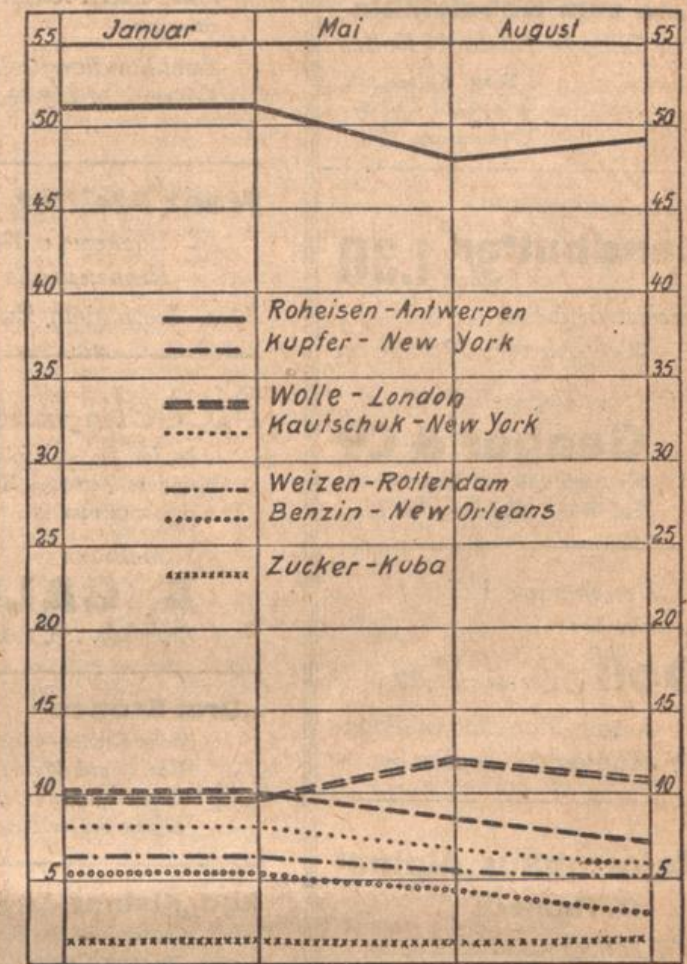
Letzte Nachrichten

Frankreich stützt zusammenbrechende Bank

Paris, 26. Sept. (Funkdienst). Die Unterredung des Finanzministers Landin mit dem Gouverneur der Bank von Frankreich und den Direktoren der großen Pariser Kreditinstitute über eine Stützungsaktion für die in Schwierigkeiten geratene Bank hatten das Ergebnis der Bildung eines Garantiefondestiums, an dem die Bank von Frankreich und die übrigen Großbanken beteiligt sind. Das bedrohte Bankhaus kann also seinen Geschäftsbetrieb weiterführen und seinen Verpflichtungen nachkommen. Das englische Pfund hat sich am Freitag abend im Verkehr von Bank zu Bank wieder auf 95 Franc befestigt.

Rohstoffmärkte im ersten Halbjahr 1931

Eine der Hauptursachen für die internationale Wirtschaftskrise ist zweifellos die ungeheure Preiskatastrophe auf den Rohstoffmärkten. Die Preise haben sich für wichtige Rohstoffe im Laufe des verfloffenen Jahres um 50 und mehr Prozent gelockert. Das hat die Wirtschaftslage in den verarbeitenden Ländern ungünstig beeinflusst. Andererseits wird durch eine solche Entwertung die Kaufkraft im Uebermaß zurückgedrückt. Welchen Einfluß das auf



die wirtschaftliche Tätigkeit hat, geht z. B. daraus hervor, daß sich der Weltmarkt im ersten Vierteljahr 1931 gegenüber dem ersten Vierteljahr 1930 um rund 30 Prozent verminderte. Die Rückgangstendenz im Weltmarkt hat sich im zweiten Vierteljahr 1931 verstärkt. Die Ursache dafür ist in dem weiteren Absinken der Rohstoffpreise zu suchen. Er wurde vor allem durch die deutsche Finanzkrise ausgelöst, die abermals Unruhe in die gesamte Weltwirtschaft brachte. Unser Schaubild veranschaulicht die Preisbewegung für die wichtigsten Rohstoffe. Außer einer geringen Belebung auf dem Eisenmarkt ist, wenn man von dem durch Exportdrohungen gehaltenen Zuckerspreis abseht, überall ein weiteres Fallen der Preise festzustellen.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

Die Druckverteilung über Mitteleuropa ist unverändert geblieben. Die wolkige und kühle Witterung wird anhalten.

Wetterausichten für Sonntag, den 27. September 1931:

Weist wolkig, kühl, vereinzelt leichter Regen. Nördliche Luftzufuhr.

Auskünfte

1894. Es sind Beiträge zu entrichten für Kranken-, Invaliden- und Arbeitslosenversicherung. Wie hoch sie für die Krankenversicherung sind, können wir nicht beurteilen, da uns die Beitragshöhe der in Frage kommenden Klasse nicht bekannt ist. Die Beiträge zur Invalidenversicherung richten sich nach dem Wochenlohn, dessen Höhe Sie uns nicht angeben haben. Für die Arbeitslosenversicherung müßten 6 1/2 Prozent vom Bruttolohn entrichtet werden. Davon bezahlen Arbeitgeber und Arbeitnehmer je die Hälfte.

Sonau. Die Berechnung der Arbeitslosenunterstützung ergibt sich aus dem jeweiligen Wochenbruttolohnverdienst der letzten 13 Wochen. Wenn Sie uns nur den Stundenlohn angeben, können wir den Unterstützungsgrad nicht feststellen. Außerdem werden noch landwirtschaftlich genutzte Flächen in Anrechnung gebracht.

R. D. Wenn Sie einen durchschnittlichen Wochenverdienst von 52 Mark haben, so erhalten Sie mit zwei Zuschlägen 20.40 M. Arbeitslosenunterstützung. Es sei denn, daß Sie 52 Wochen Anwartschaft erfüllt haben.

Odenheim. Wenn Sie mehr als 6 Wochen, oder 42 Tage in Arbeit standen, wird Ihnen eine neue Karenzzeit angerechnet. Wenn sich bei Ihnen die Lohn- und Familienverhältnisse nicht geändert haben, sowie wenn Sie noch ein Anrecht auf die alte Anwartschaft besitzen, muß Ihnen der bisher gewährte Unterstützungsgrad zustehen. Es sei denn, daß Veränderungen eingetreten sind, wovon Sie uns keine Mitteilung haben.

Wasserstand des Rheins

Basel 106, aef. 9; Waldshut 301, aef. 1; Schaffhausen 181, aef. 9; Reil 314, aef. 6; Maxau 490, aef. 9; Mannheim 401, aef. 9 Zentimeter.



Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Bezirk Mühlburg

Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Zum Strich“ Bezirksversammlung mit Vortrag über „Bürger und Bauern im Zuge des Absolutismus“. Referent: Direktor Genosse Wilhelm. Erscheint zahlreich!

Bezirk Daglanden

Samstag, den 26. September, abends 8 Uhr, im Lokal „Karlsruher Hof“ Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Oberlehrer Schäufele. Um zahlreiche Beteiligung wird erucht.

Bezirk Mittel- und Südweststadt

Kommenden Mittwoch, den 30. September, abends 8 Uhr, findet im „Gambirinus“ eine Bezirksversammlung mit Vortrag des Genossen Erb über das „Bürgergewesen“ statt. Die Genossinnen und Genossen, Volkstreue, insbesondere die Arbeitslosen in unserem Bezirk, sind freundlichst eingeladen.

Bezirk Altstadt

Mittwoch, den 30. September, abends 20 Uhr, im Lokal zum „König von Württemberg“ Bezirksversammlung. Vortrag „Streikjünger durch die Kommunalpolitik“. Referent: Stadtr. R. Fischer. Ein guter Besuch der Versammlung wird erwartet.

Vereinsanzeiger

Die in 4 Zeilen 60 Dlg. die Zeile
 Vereinsanzeiger finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme, aber werden zum Reflektieren in Betracht.

- Karlsruhe.
 1. Montag abend 7.30 Uhr Turnratsitzung, 9 Uhr Technikerführung in der Gambirinushalle. — Handball. Heute abend 8 Uhr auf dem Turnplatz Regelbesprechung. 7112
 Religiöse Sozialisten. Sonntag, den 27. September, vormittags 10 Uhr predigt Genosse Walter Löw in der Stadtkirche. 7113
 11 Uhr Christenlehre. 7113

In vielen Millionen Waschkesseln

Das ist gewiß der beste Beweis für die überragende Güte dieses wundervollen Waschmittels! Achten Sie nur darauf, daß Sie Persil immer so gebrauchen, wie es die Vorschrift verlangt. Sie ist nicht umsonst gemacht und soll Ihnen helfen, all die vielen Vorzüge, die Persil bietet, voll auszunutzen!

Auf je 3 Eimer Wasser kommt 1 Paket Persil.

bewährt sich täglich

Auf einen Kessel also, der beim Waschen 6 Eimer Wasser faßt, nimmt man 2 Normalpakete oder 1 Doppelpaket Persil. (Das Doppelpaket Persil ist 5 Pfennig billiger als 2 Einzelpakete.) Die Waschlauge wird immer kalt und für jeden Kessel frisch bereitet. Einmaliges kurzes Kochen der Wäsche genügt.

Persil allein bringt den Erfolg!



Für alle Wäsche nur Persil

Zum Einweichen der Wäsche, zum Weichmachen des Wassers: HENKO, Henkels Wasch- und Bleich-Soda.

Es lohnt sich diese Inserate zu lesen

Theodor Zenker

Kaiserstraße 61
gegenüber der Hochschule
Hüte, Mützen
Herren-Artikel
Hutwascherei

Alfred Gerbert

Polsterwerkstätte
Kaiserstr. 14b - Tel. 2854
Neuanfertigung und
Reparaturen billigt

Café zum Hebelstüble

Das billigste Altstadt-Kaffee
1 Tasse Kaffee inkl.
Bedienung 25 Pfg.
Kaiserstraße 25

Wieder eingetroffen

Landbutter 1.30

Pro Pfund
Frische Sied-Gier
10 Stück von 0.78 Mk. an

Gier Handelsgesellschaft

Genger & Co

Kaiserstr. 14b, Fil. Kaiserstr. 172
Tel. 6548 - Lieferung frei Haus

Der elegante Hut
nur bei

Doll

Kaiserstraße 27
Sonder-Modellausstellung:
Sonntag, 27. September

Reformhaus „Alpina“

O. Hanisch
Inh.: Geschwister Krey
Thalysia-Arbeitvertretung
Kaiserstraße 32
Haltestelle: Kronenstraße
Telephon 876

Konditorei-Café

Jos. Göhring
Kaiserstraße 39a
Geöffnet bis 1 Uhr nachts

Carl Schönherr

Kaiserstraße 47
Hanf- u. Drahtseilerei

Erfolg im Geschäft bringen

Ihnen geschmackvoll her-
gestellte **Drucksachen**
Sie sind die beste Empfeh-
lung. Die Verlagsdruck-
erei Volksfreund genügt
auch den verwöhntesten
Ansprüchen und macht
Ihnen mit ihren Zeugnissen
gewiß große Freude

Auto-Riesenluft- sowie Motor-
und Fahrrad-Reifen
kaufen Sie am vorteilhaftesten bei

Karl Reeb

Gummihaus u. Vulkanisieranstalt,
Karlsruhe, Waldhornstraße 21
Tel. phon 4941, gegründet 1909
Größtes Fachgeschäft am Platz
Neugummierung von Autoreifen
Reparaturen jeder Art werden
schnellstens und bei billigster
Berechnung ausgeführt

Wilhelm Stadelmann

Damen- u. Herren-Frisiersalon
Waldhornstraße 51
Spezialität:
Dauerwellen, Wasserwellen, Gesichts-
massage, Maniküren, Pediküren

Rudolf Kümmerle

Kaiserstr. 95, Teleph. 2675
Das gute Spezialgeschäft
für Bürsten und
Toilette-Artikel

Karl Ramm

Friseurgeschäft, Waldhornstraße 45

Parteilgenossen

Gewerkschaftler
bedient Sachverständiger **Buchhand-
lung**. Sie liefert jedes **Buch**,
jede **Zeitschrift** und bietet beim
Einkauf alle Vorteile der bequemen
Ratenzahlung. Wir laden Sie
hier zu einer zwanglosen Besichtigung
unserer vorhandenen Litera-
tur ein
Buchhandlung Volksfreund
Karlsruhe, Waldstraße 28

Franz Pfeiffer

Bäckerei u. Konditorei
Kronenstraße 12-14
Spez.: Siernudein, Zwieback

Möbel in guter Qualität

kaufen Sie zu realen Preisen
und zeitgemäßen Zahlungsbe-
dingungen im

Möbelhaus

A. GALLER
Kronenstr. 17a, Telephon 3370

„Drei Kronen“

Gute Kronen- u. Zähringerstr.
Bes.: Ferd. Weber
Qualitätsweine, Moningerbräu
Eigene Schlachtung

Rud. Kistner, Kronenstr. 27

In der Zeit der Bargeldnot
Ist man Kistner's Bauernbrot
Denn man hört es allgemein
Es soll gut und nahrhaft sein!

P. Damian, Kronenstr. 52

Damen- u. Herrenfriseursalon
Spez.: Dauer- u. Wasserwellen
Elektrische Ondulation

Möbelhaus

**Maier
Weinheimer**
Kronenstraße 32

Freie Lieferung / Zahlungs-
erleichterung / Groß Lager
Billigste Preise / Auf Straße
und Hausnummer achten!

Trotz der Zeit der Bargeldnot

Ist man nicht nur trocken Brot,
Denn man hört es allgemein
Steisch u. Wurst, frisch u. fein
kauft man stets beim

Hensel ein

Kronenstraße 33

Kaucher & Jörger

Metzgerei u. Wurstlerei
Kronenstraße 34
Telefon 2166

Brodt- u. Feinbäckerei

G. Heckmann
Kronenstraße 42

Spezialität:
Hausmacher Siernudein

Das Zeitungsinsert ist produktiv

Von Kurt Schöpflin, Karlsruhe

Die Schwierigkeit für Handel und
Gewerbe liegt heute weniger in der Art
des Produzierens als im Absatz. Je
größer die Zahl der schaffenden Kräfte
auf einem einzelnen Wirtschaftsgebiet
ist, desto wichtiger wird die Frage des
Absatzes für alle die, die an dem Pro-
duktionsprozeß beteiligt sind. Je grö-
ßer die Zahl der Händler und Handels-
firmen ist, desto mehr wird Vertriebs-
arbeit geleistet und diese Arbeit ist in-
direkt auch schaffende Arbeit. Die
Händler und Vertreter sind die leben-
dige Reklame. Sie schaffen die Voraus-
setzung für das Endziel der Produk-
tion: Die Heranbringung der Ware an
den Verbraucher. Man muß sich dar-
über klar sein, daß Fabrikation ebenso
wenig Selbstzweck sein kann wie der
Handel. Fabrikation und Handel oder
deutlicher gesagt, Produktionsprozeß
und Verteilungsprozeß können immer
nur Mittel sein zur Erreichung des
Zweckes alles Wirtschaftens und alles
Produzierens, d. h. zur Herstellung
von Waren zur Befriedigung vorhandener
Bedürfnisse und zur schnellsten
und billigsten Versorgung des Kon-
sums mit diesen Waren. Unter der Ver-
triebsförderung, die wesentlich geleitet
wird durch die Reklame, faßt man all
das zusammen, was außerhalb des tech-
nischen Produktionsprozesses den Ab-
satz der Waren fördert und beschleunigt,
einfacher gesagt, die Lagerbe-
stände verkleinert.
Das wesentlichste Instrument der
Vertriebsförderung ist, wie schon ge-
sagt, die Reklame, die Werbung, vor



allem die Werbung durch das Zeitungs-
insert. Durch das Zeitungsinsert
werden die angebotenen Waren erst
zur Geltung und Wirkung gebracht
es werden demjenigen, der Käufer
werden soll, immer wieder alle Vorteile
vor Augen geführt, die diese Ware bie-
tet. Es ist ja ein alter Erfahrungs-
grundsatz, daß der Reklame nur Erfolg
beschieden sein kann, wenn sie im
möglichst großen Maße zur Verbrei-
tung kommt und das geschieht in er-
höhtem Maße durch das Zeitungsin-
sert. Es besteht heute keinerlei Zweifel
darüber, daß das Zeitungsinsert in
der Tageszeitung die Voraussetzung
einer gewinnbringenden und erfolgrei-
chen Reklame an erster Stelle voll er-
füllt. Man vergegenwärtige sich doch,
daß jedes Zeitungsblatt nicht nur von
einem einzelnen Menschen, sondern
von mehreren Personen gelesen wird,
so daß man bei mittelgroßen Zeitun-
gen ruhig davon reden kann, daß das
Insert annähernd 100 000 Menschen zu
Gesicht kommt. Es ist ohne Zweifel
richtig, daß nicht jeder Leser dieses
oder jenes Insert liest, es ist auch
richtig, daß nicht alle die reklamehafte
Aufmachung und den Inhalt des In-
sertes in sich aufnehmen und verarbei-
ten. Trotz aller dieser Erfahrungen
gibt es wohl kein zweites Werbemittel,
das einen Erfolg so rasch und so ge-
winnbringend zeitigt, wie das Zeitungs-
insert. Viele Firmen inserieren nicht,
weil sie nicht wissen, daß man auch
mit kleinen Mitteln eine wirksame In-
sertion beginnen kann. Der Zusammen-
hang zwischen Verkäufer und Käufer
muß durch die Zeitungsreklame so ge-
staltet werden, daß ein Vertrauen in
die Behauptungen der Ankündigungen
vorhanden ist.
Das Vertrauen unserer Inserenten
hatte es uns ermöglicht, dem Volks-
freund an drei Samstagen bereits je
eine Stadtteilinseratenseite beizugeben.
Diesmal treten die Geschäftsleute der
Altstadt vor unsere Leser hin und
ersuchen mit ihren Inseraten unsere
Abonnenten sich ihrer zu erinnern,
wenn sie ihren Bedarf an Gebrauchs-
dingen und Nahrungsmitteln decken
müssen.

Altstadt

Soll Dein Fass stets trocken sein?

Kauf's Leder nur bei **Schlüter ein!**

Lederhandlung

G. Schlüter

Kronenstraße 57

Chr. Spanagel

Kronenstraße 48
vorm. Ebersberger & Rees
Kleiverkauf

Allbekanntes Geschäft in
Zuckerwaren, Schokola-
den, Kaffee, Tee, Kakao usw.
Lebensmittel besonders billig!
5% Rabatt

Gasthaus zum

Schwarzen Adler

Inh. J. Bernhard, Kronenstr. 55
Angenehmer Aufenthalt
Gut bürgerliche Küche

Warum zahlen Sie für Haar-?

schneiden 1.00—1.30 Mk.?

Haarschneiden kostet nur 60 Pfg.

Rasieren 20 „

im Friseurgeschäft

Greulich Kronenstr. 56

Man hört es allgemein

Bei

Schneider

kauft man preiswert ein

Metzgerei und Wurstlerei

Kronenstraße 60

Bäckerei und Konditorei

OTTO SCHMITT

Zähringerstr. 68 u. Kaiserstr. 111

Telephon 4197

Täglich zweimal frisches

Kaffee- und Teegebäck

Kleiderpflege „Blitz“

Zähringerstraße 59 und

Augustastr. 1a

Telephon 3384

R. Kopf, Durlacher Straße 5

Fahrräder, Herde, Oefen, Reparaturen

Andr. Knörr

Durlacher Straße 7

Milch- und Molkerei-Produkte

Rudolf

K. Weidemann

Holz- und Kohlenhandlung

Durlacher Straße 26

Telephon 3693

In der Zeit der Bargeldnot

Ist man Langenbach's Vollkornbrot

Denn man hört es allgemein,

Es soll gut und billig sein!

Brodt- und Feinbäckerei

Langenbach

Durlacher Str. 89

Friseurgeschäft Fritz Juncker

Durlacher Str. 105, neben Tisch

Haarschneiden und Rasieren 80 Pfg.

Die kleine Anzeige

im Volksfreund

ist der große Markt

für alle und alles

Otto Schwarz Fasanenstr. 17

Haarschneiden und Rasieren 60 Pfg.

Damen-Frisieren 70 Pfg.

Babypflege-Waarschneiden . . . 70 Pfg.

Kopfwaschen mit Frisieren . 1.00 Mk.

Ruher Sonntage

Herm. Lautenschläger

Kapellenstraße 32

Milch- und Molkereipro-
dukte, Lebensmittel

Zur Kornblume

Inh. Frau Vollmer — Kapellenstr. 28

Empfehle meine neu renovier-
ten Räume - ff. Hoepfner-Bräu

Naturreine Weine

Willi Schleifer

Kapellenstraße 4

Brodt- und Feinbäckerei

Spez.: Tägl. frische Faste-
nbrot

Man hört es allgemein

Bei Schulz kauft man Le-
bensmittel preiswert ein!

G. Schulz

Kapellenstr. 56a

K. Fessler

Kapellenstr. 64

Die Badeanstalt der
Altstadt

Warum muß Deine Frau zu

Firmen laufen, die aus Ver-
kennung der Bedeutung des

Volksfreund nicht bei uns in-
serieren. Ueberzeuge Du vor

allem Deine Frau und auch Deine

Kinder, daß der **Inserent im**

Volksfreund einen Vorrang

haben muß gegenüber denen,

die nur bürgerlichen Blättern

Inserate zuführen

Eduard Zischka

Steinstraße 1 — Telephon 2448

Elektr. techn. Installations-
geschäft für Licht-, Kraft-
u. Schwachstrom-Anlagen

Von Epple eine Einrichtung

Weckt überall Begei-
sterung

Möbelhaus

R. EPPLÉ

Steinstraße 6

Th. Schuster

Steinstr. 15

Metzgerei und Wurstlerei

Luise Weber

Kriegstraße 66

Lebensmittel, Obst, Gemüse

H. Reiff

Kriegstraße 66

Sahnmacherei mit elektr. Betrieb

Gasthaus zum

Schwarzen Waisfisch

Gut bürgerliche Küche - ff. Mo-
ninger-Bräu - Naturreine Weine

Fr. Kramer, Kriegstr. 66

E. Bech old

Kriegstraße 70

Zoologische Handlung

Gut und vornehm

sehen Sie aus, wenn Sie sich bei

mit bedienen lassen

Spez.: Dauer- u. Wasserwellen

Ondulation, Maniküre

Rudolf Günther

Herren- und Damensalon

Sahe Kriegs- und Ruppert-
straße Hst. 5 und 6

1. Kräfte, individuelle Bedie-
nung, stivile Preise



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

26. September
 1815 „Heilige Allianz“. — 1866 Gründung der Nationalliberalen Partei. — 1868 Allgem. Deutscher Arbeiterkongress, Berlin. — 1906 Generalkonferenz russischer Eisenbahner. — 1915 Englischer Sozialist Fritz Barthel. — 1918 Kulturhistoriker G. Simmel. — 1928 Pulverexplosion bei Melilla, Marocco (71 f.).

Beisetzung der Genossin Bernauer

Gütige Herbstsonne beleuchtete das Grab unserer toten Genossin Bernauer gleichsam als Symbol und Dank dafür, daß unsere nun entschlafene Kämpferin so vielen in Trübsal und Kummer lebenden Proletariern Sonne gebracht hat. Trotz der frühen Nachmittagsstunden, wo es den meisten Genossinnen und Genossen unmöglich ist, von der Arbeit wegzukommen, fand sich eine überaus zahlreiche Trauergemeinde ein, um von Anna Bernauer Abschied zu nehmen. Von der Stadtverwaltung war Herr Bürgermeister Schneider erschienen, auch mehrere Zentrumstadträte sah man unter den Trauergästen. Ein Beweis der großen Wertschätzung, die die nun Verstorbene, die allzeit so schlichte und gütige Arbeiterfrau und sozialistische Kämpferin überall genoss. Die Friedhofkapelle konnte die Leidtragenden nicht alle fassen, so groß war ihre Zahl. Als Abschiedsgruß sang die Passaglia zwei Trauerweisen. Dem dunklen Sarge, der den Leichnam Anna Bernauers beherbergte, gaben die vielen Hunderte von Leidtragenden das letzte Geleit.

Das Abschiednehmen am Grabe gestaltete sich zu einem erhebenden Trauerakt und einer herzlichen Dankesbezeugung für die Verdienste. Tränen flossen, so herb wurde das Scheiden. Nach den kirchlichen Zeremonien sprach zunächst Genossin Stark, die viele Jahre in Partei- und Fürsorgearbeit gemeinsam mit der Genossin Bernauer sich betätigte, und deshalb das segensreiche Schaffen dieser edlen Kämpferin am besten kennt. Sie schilderte die nun verstorbene Genossin als eine proletarische Frau, deren Leben nur Arbeit und Mühe war, als die liebevolle Gattin und treusorgende Mutter ihrer Kinder. Aber sie habe nicht nur gelebt für ihre Familie und die großen Aufgaben für dieselbe nicht nur restlos erfüllt, sondern sich auch den Fragen der Menschheit im allgemeinen gewidmet. Eine gefestigte sozialistische Überzeugung habe sie befeuert und in früheren Jahren treppauf, treppab den Volksfreund getragen, um auch andere für die sozialistischen Gedankengänge zu gewinnen. Als erste Arbeiterfrau sei sie in das Stadtparlament eingezogen. Sie würdigte sodann die Verschiedene als eine Frau von Tatkraft, ruhigem und liebevollem Wesen, als eine Frau, die Werte in die Familie trug und auf die man stolz sein konnte. Mit einer innigen herzlichen Dankesabkündigung an die treue Kämpferin schloß Bernauerin ihre Abschiedsworte.

Für die sozialdemokratische Bürgerauswahlfraction widmete Gen. Koch ehrende Worte des Gedankens der teuren Toten. Er würdigte ihre Tätigkeit als Stadtverordnete während der 12 Jahre Zugehörigkeit im Bürgerauswahlschuß und hob ihre erfolgreiche Arbeit im Fürsorgewesen besonders hervor.

Verlag und Redaktion ließen durch Gen. Reichstagsabg. Schöpplin die Dankeschuld aussprechen. Er pries die Genossin Bernauer als eine einfache Arbeiterfrau, vor der jeder, der mit ihr sprach und ihre Tätigkeit kannte, eine außerordentliche Hochachtung haben mußte. Klarheit in ihren Gedanken und von Sorge um die notleidende Menschheit erfüllte Worte seien aus ihrem Munde zu vernehmen gewesen. Der Volksfreund habe besonderen Grund zur Dankesbezeugung, denn jahrelang in schwerer Zeit wirkte sie als Zeitungsträgerin. Gestärkt von dem Bewußtsein der Richtigkeit der sozialistischen Idee habe sie mehr Arbeit für unsere Sache geleistet als dem schwachen Frauentkörper zugemutet werden konnte. Ein Trost möge den Hinterbliebenen sein, daß diese so einfache Arbeiterfrau ein so außerordentlich zahlreiches Trauergelände zu verzeichnen habe.

Wir senkten einen Sarg mit dem Leichnam eines edlen Menschen in die Erde, wir schmückten das Grab mit Kränzen, — so u. a. von der Sozialdemokratischen Partei, Bürgerauswahlfraction und Verlag und Redaktion des Volksfreund —, mit Rosen, Astern und Chrysanthemen zum Zeichen des Dankes, der Freundschaft und Kameradschaft. Nun liegen sie still, die hilfsbereiten Hände unserer Anna Bernauer, ihre Augen sind geschlossen. Wir nahmen Abschied von ihr, aber wir werden auch weiterhin ihrer gedenken.

Von einer Deichsel tödlich getroffen

Am Freitag vormittag war der ledige 20 Jahre alte Hilfsarbeiter Otto Schrein an einer Arbeitsstelle in der Durlacher Allee hier damit beschäftigt, zusammen mit einem anderen Arbeiter mit einem Karren Holz abzuschieben. Er hatte dabei die Deichsel über die rechte Schulter gelegt. Als der Karren mit einem Rad an einem Baumstamm hängen blieb, schlug die Deichsel nach der Seite und traf den Hilfsarbeiter so unglücklich am Kopf, daß er bewußtlos zusammenbrach. Im Städt. Krankenhaus ist er am Samstag seinen Verletzungen erlegen.

Handarbeitsausstellung bei Burchard

Der Winter steht vor der Tür und mit ihm viele Stunden zu Hause, die für viele Frauenhände geradezu für eine Sondersarbeit geschaffen sind. Die langen Abende, wie wäre sie besser ausgefüllt, gewinnbringender verwendet, besonders für das nahe Weihnachtsfest, als mit irgend einer kleinen Basterei, die Mann oder Kind erfreuen und bezaubern soll.

Dieser Voransicht hat die bekannte, auf dem Gebiete weiblicher Kunstfertigkeit vorbildlich dastehende Firma Paul Burchard Rechnung getragen und zu einer umfangreichen, belehrenden, Aug und Herz erquickenden Ausstellung einladen. Was gibt es da alles zu sehen und zu tunen? Für jeden Geschmack, jede Geschicklichkeit und dankbares Bedauern wir mit der Wollte, die so viele nützliche und künstlerische Verwendungsmöglichkeiten hat. Wir haben warme, mollige, farbenfrohe Pullover, Mützen, Babyhalschen in Häfel-

und Stricktechniken, bunte Sofafissen, Schummerrollen und Tischdecken, Kaffee- und Eierwärmer usw. Sehr hübsch ist der neue Gitterstoff, der mit dunkler Wolle bestickt sich gut für Westen, Decken und Kissen und im Weinen. Schöne, immer schöne Kreuzstickerien und bunt verbläutes neben den traumhaftartigen Gebilden aus Tüllspitzen, in Filet und Korbbelarbeit. Noch luxuriöser sind die Bettdecken, Teedeken und Vorhänge in Madeira, Widelarbeit und Filet tite. Ganz entzückend, die schon zu Niedermeyerszeiten „modernen“ Verstrickereien und Verstrickereien. Ganz etwas besonderes und nur für diejenigen, die sehr viel Zeit, unbeschreiblich viel Geduld, vorzügliche Augen und genügend Geld haben, ist die Gebellstickerie für Stühle und Kissen. Etwas weniger mühevoll scheint die Emprna-Knüpferei für hübsche Teppiche, die von einer Dame vorgeführt wird, wenn auch die „selbstgeknüpften“ nicht an die märchenhaften, echten Orientteppiche hinkommen, die rinasum die Wände zieren. Eine andere Dame führt eine kleine Handwebmaschine vor, deren Zweckmäßigkeit mir nicht ganz einleuchtend war. Denn, wenn wir auch noch alle unsere Kleider selber weben wollten, dann haben wir ganz mittelalterliche Zustände und es müßten noch mehr Hände und Maschinen sein.

Alles in allem hinterläßt die Ausstellung mit der gewaltigen Fülle und Verschiedenartigkeit des Gebotenen einen ganz ausgezeichneten Eindruck.

Der Führer und die Stadtverwaltung

Wir haben in der Dienstagnummer im Anschluß an eine Kritik des Bad. Beobachters über die Ignorierung des Verfassungsinserats durch den Führer kritische Bemerkungen über das Verhalten der Stadtverwaltung gegenüber den Nationalsozialisten angefügt. Wie uns dazu vom Rathaus gemeldet wird, wurde seiner Zeit nach Bekanntwerden der Nichtveröffentlichung der Anzeige zur Verfassungsfest gegen den Führer in entsprechender Weise vorgegangen. Es ist ihm seitens des Herrn Bürgermeisters Sauer in Vertretung des Herrn Oberbürgermeisters bezeugt worden, daß wenn der Führer noch einmal eine Anzeige verweigere, das Vertragsverhältnis als gelöst gilt. Der Verlagsleiter des Führer gab hierauf klein bei und veröffentlichte sich, in Zukunft sämtliche Inserate der Stadt Karlsruhe zu veröffentlichen.

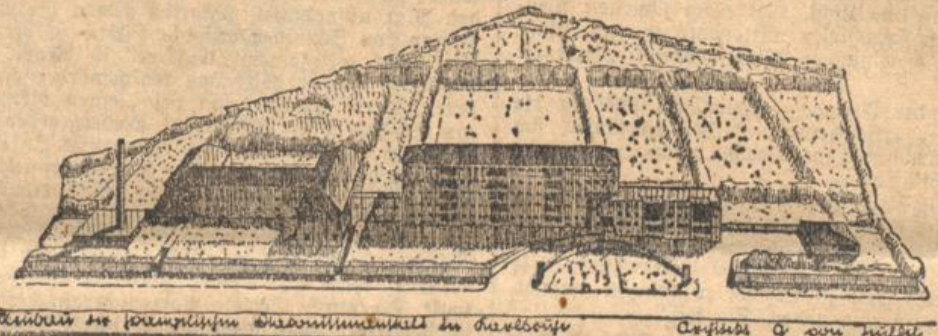
Wir nehmen von dem Vorgehen der Stadtverwaltung gern Kenntnis und hoffen, daß auch in anderen Dingen die Stadtverwaltung den Nazis gegenüber dieselbe eiserne Stirne zeigt, wie in diesem Falle.

Grundsteinlegung zum Neubau der Karlsruher Evang. Diakonissenanstalt

Von der Karlsruher Diakonissenanstalt wird uns geschrieben:

Das 80. Jahresfest der Evangelischen Diakonissenanstalt wird sein besonderes Gepräge dadurch erhalten, daß es mit der Grundsteinlegung des Neubaus der genannten Anstalt verbunden wird. Der große Freundeskreis der Diakonissenanstalt teilt mit der Schmeichelei des Hauses die besondere Freude, daß es aeltingen durfte, das langverheißene Werk trotz aller Schwierigkeiten und Hemmungen der Zeit doch zu beginnen. Sonntag, 27. September, nachmittags 3 Uhr, soll auf dem Bauplatz der Diakonissenanstalt in Karlsruhe-Rüppurr die denkwürdige Feier veranstaltet werden. Die Besucher erreichen die Stätte der Feier am bequemsten mit der elektrischen Bahn vom Hauptbahnhof aus. Von der Haltestelle Rüppurr (Bahnhof) ist die Diakonissenstraße nicht fern, die zur

heiligtigen Heimat der Diakonissen führt. Auf dem seiner Zeit von Staat und Stadt erworbenen Gelände sollen sich die gewaltigen Bauten des Mutterhauses und Krankenhauses erheben. An der Stelle, wo die Kapelle mit dem Mutterhaus verbunden ist, wird der Grundstein gelegt werden. Schon raut ein Raub von Gerüststangen empor und eine Schar eiserer Arbeiter ist am Werk, die Baugruben auszuheben und das Fundament zu legen. Die heilsame Gelegenheit für viele Arbeitslose und auf Arbeit Wartende hat sich aufgetan. Ein Werk der Volkshilfe im besonderen Sinne darf dieses Neubaunternehmen genannt werden. Die Anteilnahme weiter Bevölkerungskreise an diesem Beginnen ist außerordentlich lebhaft, so wie auch die Opferfreudigkeit aller Kräfte bei der Neubaustimmung außerordentlich erfreulich gewesen ist.



Entwurf des vorgeschlagenen Neubaues der Diakonissenanstalt in Karlsruhe. Gezeichnet von Prof. Dr. G. v. Müller.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Gestern abend wurde ein Amtsgehilfe, der sein Fahrrad durch die Mollstrasse schob, von einem hinter ihm herkommenden Motorradfahrer angefahren und zu Boden geworfen. Er zog sich Hautschürfungen und außerdem eine Rückenwunde am Kopf zu. Die Polizei leitete dem Verletzten einen Notverband an, worauf er seinen Weg wieder fortsetzen konnte.

Gestern abend wurde ein ledigjähriges Mädchen in der Amalienstrasse beim Ueberfahren der Bahnbahn von einem Personentransportwagen angefahren und zu Boden geworfen. Der Kraftfahrer verbrachte das Kind sofort in das Diakonissenhaus, wo ein Knochenbruch festgestellt wurde. Schuldfrage ist noch ungeklärt.

Ein Nazi in Uniform

Ein junger Mann von auswärts, der sich am Freitag nachmittag entzogen dem bestehenden Verbot in der Parteiform der NSDAP, auf der Kollerstrasse bewachte, wurde festgenommen und dem Schnellrichter vorgeführt.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Groß ist die Not vieler Teile der Bevölkerung. Die Finanzlage von Staat, Ländern und Gemeinden ist hart bedrängt. Diese Notlage wird von unverantwortlichen Hegehern und Verleumdern gegen die beschlossene Staatsform und seiner Repräsentanten in unehrlicher Weise ausgenutzt. Die Schwierigkeiten werden dadurch nur vermehrt.

In einer Kundgebung am Dienstag, 29. September 1931, um 8 Uhr abends, in der Städt. Festhalle werden

Reichsinnenminister Dr. Wirth

und
 Preussischer Innenminister Severing

Ausklärung über die Zeitverhältnisse geben.

Arbeiter, Volksgenossen, Republikaner erscheint in Massen zu dieser Kundgebung.

Eintrittskarten sind im Vorverkauf in folgenden Stellen zu haben: Buchhandlung Volksfreund; Zigarrenhaus Töpfer, Kriegsstraße 3a; Volkshaus, Schützenstraße; Geschäftsstelle des Badischen Beobachters; Rechtsanwalt Hoffmann, Baisstraße 1; sowie auf den Büros der freien Gewerkschaften.

Karlsruher Gerichtsbilder

Die „friedlichen“ Hausbesitzer

th. Eine Sache, die von Gänse, Hausleuten und einer Sense handelt, kam vor dem Amtsgericht in Karlsruhe zur Verhandlung. (Vorstand des Reichssozialisten Rührer.) Ein Angeklagter aus Rüppurr erhielt einen Strafbefehl über 20 M. wegen den er Benutzung eines Grundstückes hatte. Heute marschierten also die Hausleuten auf und es entspann sich eines der „friedlichen“ Bilder mancher Mieter untereinander. Der Angeklagte hatte keine Gänse über eine Wiese getrieben und machte dadurch den Hausleuten das Weichen ihrer Wägen auf dieser Wiese unmöglich. Im Anschluß an einen solchen Gänsetransport gab es eine Diskussion mit dem Schwiegericht eines Zeugen, dem sich später ein weiterer Zeuge ebenfalls hinzugesellte. Bei diesem Wortwechsel hielt der Angeklagte eine Sense in der Hand, mit der er seinen Hausmann bedroht haben soll, dabei bekam er ein paar Ortfesseln, so daß er umfiel. Der erschienenen Schumann brachte beide zur Anstalt und beide erhielten einen Strafbefehl. In der Verhandlung ging es recht lebhaft zu. Nehrmais mußte der Richter die Parteien zur Ruhe mahnen. Die Beweisaufnahme ergab kein klareres Bild. Insbesondere ist ein Zeuge nicht so unglücklich, wie er das hinstellt. Das Gericht ermäßigte die Strafe auf 5 M. Ob damit der Streit wohl aus der Welt geschaffen ist?

Sonntags darf nicht haufert werden

Ein völlig erblindeter Händler aus Karlsruhe erhielt einen Strafbefehl über 30 M., weil er an einem Sonntag bei der Kirche in Mühlburg in Wirtschaften Streichhölzer verkauft hat. Zu seiner Entlastung gab er an, daß werkslos niemand in den Wirtschaften sitze, er also auch keine Geschäfte machen könne. Das Gericht hielt ihm das saute. Mißverstand für ihn war natürliches Brot zu verdienen. Wenn man wohl einseht, daß das Vergehen nicht gar so schwer ist, so war dabei doch ein Verstoß gegen die Gewerbeordnung zu erblicken. Infolge der vielen Vorstrafen ähnlicher Art verurteilte das Gericht den Angeklagten zu 25 M. Geldstrafe, evtl. 5 Tage Haft.

Nichtabgeliefertes Seeresgut

th. In seiner Wohnstube hatte ein Malermeister von hier eine Pistole aufbewahrt, die er noch vom Kriege bei sich hatte. Als er vor ein paar Jahren mit seiner Ehefrau Streitigkeiten hatte, erinnerte er sich plötzlich wieder der Pistole und wollte sich damit erschleichen. Damals wurde ihm die Waffe aber von seiner Frau abgenommen und zu seinen Schwiegereltern gebracht. Bei einem neuerlichen Kampf gaben die Schwiegereltern, vermutlich aus Rache die Waffe der Polizei, die ihrerseits dem Malermeister einen Strafbefehl über 20 M. erteilte, gegen den er Einspruch erhob. Der Tatbestand war auch bei der Verhandlung der gleiche. Es kann aber sein, daß inmitten des Urteils 1918, wo jeder laß, daß er bald wieder in Arbeit kam, das Abliefern der Waffe veranlassen wurde. Jedoch ist dieses Nichtabliefern strafbar und deshalb wurde der Angeklagte zu einer Geldstrafe von 10 M. verurteilt.

(.) Die Fundstücke, nicht abgeschobene Hands und Reissengedächtnisse sowie unanbringlichen Prachtstücke, die im Besitz der Reichsbahndirektion Karlsruhe der Deutschen Reichsbahngesellschaft in den Monaten Mai-Juni 1931 anfallen, werden — wie aus dem Anzeigenteil ersichtlich — am 1. und 2. Oktober 1931 im Versteigerungssaal des Hauptbahnhofes Karlsruhe (Eingang Karlsruhhof), jeweils 8 und 14 Uhr beginnend, öffentlich versteigert.

Bilder u. Rahmen
 BÜCHLE

umgezogen

Ludwigsplatz

Beachten Sie bitte meine
 Ausstellungen
 5 Schaufenster!

Aufruf!

Groß sind die Gefahren des täglichen Lebens, in den Betrieben, auf der Straße oder auf der Reife, auf den Sportplätzen und im häuslichen Leben. Überall lauert das Unglück, um den Menschen zu fassen. Täglich nehmen die Unfallsfälle durch den raschen zunehmenden Verkehr zu. Von solchen Gefahren ist jeder Mensch bedroht, ohne daß immer genügend Hilfe vorhanden ist.

Aber nicht nur im öffentlichen Leben droht dem Menschen das Unheil, ganz besonders ereignen sich in den Betrieben und Werkstätten dauernd Unfälle leichter und schwerer Art. Nicht Verbote und Bestimmungen sind das Mittel gegen Unfälle. Der moderne Mensch soll frei willig und verantwortungsvoll an der Unfallverhütung mitwirken. Der Trieb, seinem unangenehmen Vorgesetzten zu helfen, wobei jedem der unangenehme Vorgesetzte, ist es aber nötig, sich neben dem guten Willen Kenntnisse und Handfertigkeiten anzueignen!

Sehr oft hängt von der ersten Hilfeleistung das Leben des Verunglückten ab. Die erste Hilfe ist die beste Hilfe! Diese erste Hilfeleistung zu erlernen, bietet sich jedem Menschen die Gelegenheit, in den Kursen der Arbeiteramateurkolonne.

Es heißt zur Allgemeinbildung eines jeden Menschen, sich das erforderliche Wissen auf dem Gebiete der ersten Hilfeleistung bei Unfallsfällen und plötzlichen Entkräftungen anzueignen.

Die Arbeiter-Samariter-Kolonne richtet deshalb an alle Arbeiter, Angestellte, Beamte, Arbeiterkinder und Arbeiterportier, aber auch an die Frauen und Mädchen die Bitte: Kommt in die Unterrichts- und Lehrgänge der Arbeiter-Samariter! Auch für Jugendliche ist Gelegenheit gegeben bei unserer Jugendabteilung unentgeltlich und ohne Mitgliedsbeitrag sich das erforderliche Wissen anzueignen. Gerade die Jugend, die in ihrer Lebenszeit dauernd von Gefahren umgeben ist, sollte sich dies zur Pflicht machen und diese Gelegenheit ausnützen, das noch besonders, da für sie gar keine Unkosten entstehen. Deshalb auf zur Samariter-Ausbildung!

Ähnere diesjährigen Winterkurse sind:
Für Karlsruhe: Für über 20 Jahre alte Teilnehmer jeweils Donnerstag abends, von 8 bis 10 Uhr, im Zeichenaal der Debesthule (Kreuzstraße). Beginn: Montag, 28. September bzw. Montag, 5. Oktober.

Für Daxlanden: Für über 20 Jahre alte Teilnehmer jeweils Donnerstag abends, von 8 bis 10 Uhr, im Volkshaus (Karlsruher Hof) beim Kirchplatz, im Nebenraum. Beginn: Donnerstag, 18. Oktober.

Für sämtliche Jugendlichen unter 20 Jahre jeweils Donnerstag, von 8 bis halb 10 Uhr abends, im Zeichenaal der Debesthule (Kreuzstraße). Beginn: Donnerstag, 1. Oktober.

Der Unterricht steht unter ärztlicher Leitung und ist vollständig unentgeltlich. Anmeldungen werden jeweils in den Kursabenden in der Debesthule und beim technischen Leiter, Gen. Weigel, Schiefelstraße 68, 2. Stock, entgegengenommen.

(*) Esperantokurse für Anfänger. Die Ortsgruppe Karlsruhe des Sos. Esperantobund veranstaltet auch in diesem Jahre wieder Anfängerkurse für Esperanto. Da der Kreis der Westsprachensprecher immer größer wird und auch in Karlsruhe bereits feste Gruppen entstehen, ist es notwendig, daß die Teilnehmerzahl groß sein wird. Weil nun erfahrungsgemäß in kleineren Gruppen intensiver Arbeit geleistet werden kann, hat sich deshalb die Ortsgruppe entschlossen, die Kurse zu teilen. Es werden fortan je ein Kurs in der Debesthule, Kreuzstraße, und in der Hardtschule, Mühlburg. Jeder Kursteilnehmer kann sich also dort einfinden, wohin ihm der Weg am nächsten liegt. Kursöffnung für beide Kurse ist am Montag, 28. September. Mitzubringen ist lediglich Schreibmaterial. (Näheres im heutigen Inserat.)

Veranstaltungen

Sonntagskonzerte im Stadtpark: Gutes Wetter vorausgesetzt, werden am kommenden Sonntag im Stadtpark zwei Konzerte veranstaltet. Von 11-12.15 Uhr ein Frühkonzert der städtischen Sinfonieorchester, unter Leitung von Herrn Kapellmeister M. Grewisch. Aufschluß wird zu diesem Konzert nicht erboten, und von 13.30-18 Uhr ein Nachmittagskonzert der Harmonieorchester unter Leitung des Herrn Bruno Hübner. Die vorgeschriebenen Konzerte werden einige Stunden des Mittags vergrüßt. Was hier an Verweilungszeiten geboten wird, bringt auch den prächtigen Menschen zum Lachen. Das Programm bringt einige selten auf gefundene Tonbildaufnahmen aus dem Tierleben des Londoner Zoo.

Lichtspielhäuser

Schauburg

Zur Zeit bringt das Lichtspieltheater der Südstadt, Marienstr. 16, einen weiteren Tonfilmstreifen „Der keusche Josef“. Die bekannten Komiker wie Felix Wellart, Henry Bender, Paul Heidemann u. a. sorgen dafür, daß man auf einige Stunden die Sorgen des Alltags vergißt. Was hier an Verweilungszeiten geboten wird, bringt auch den prächtigen Menschen zum Lachen. Das Programm bringt einige selten auf gefundene Tonbildaufnahmen aus dem Tierleben des Londoner Zoo.

Palast-Theater: Westfront 1918

Wir sind alle schuld. Das ist einer der letzten Sätze dieses erschütternden Films. Es verliert wohl kein Zuschauer das Kino,

ohne innerlich gewacht zu sein von dem, was dieser kleine Auschnitt von dem furchtbaren Geschehen an der Westfront zeigt. Die Handlung, die dem Buche „Der Kampf um die Stellung“ von Ernst Johannsen entnommen ist, schildert Schicksale von vier Frontsoldaten, die sich in wenigen Tagen und Wochen erfüllen. Der Film will zunächst nur schildern, aber in dieser Schilderung liegt unabwieslich die Tendenz: nie wieder soll dieses Schreckliche sich ereignen, nie wieder!

Der Regisseur G. M. Faust zeigt sich der großen Aufgabe voll gewachsen. Seine Bilder aus dem Schützengraben vermitteln einen lebhaften Eindruck. Ausgezeichnet, auch im Ton, sind die Kampfszenen mit vielen Details. Das Pfeifen und Einschlagen der Granaten, das sprunghafte Vorgehen des Feindes, und zuletzt das bedrohliche Anrücken der Tanks, das gibt all denen, die es nicht selbst erlebt haben, eine schwache Vorstellung vom Kriege, wie er war. Zum zweiten Male läuft der Film jetzt in Karlsruhe, und immer noch leuchtet zuletzt das Wort „Ende“ mit einem großen Fragezeichen auf. Wie lange noch.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Reichsbanner und Selbstschule
Dienstag, 29. September, 7 Uhr abends Anreten zum Saalkhof
Feiertag (Dienstanfang).

Veranstaltungen

Samstag, den 26. September 1931:
Rathisches Landestheater: Im weißen Rössl, 20 Uhr.
Colosseum: Original Leipzig Fritz-Weber-Lager, 20 Uhr.
Gloria-Palast: Der Bettelstudent, For-Don-Boche, 20 Uhr.
Kammer-Theater: Der Kapitän der Garde, Der Nächste bitte, 19.30 Uhr.
Palast-Theater: Westfront 1918.
Reichsbanner-Theater: Sallareto.
Schauburg: Der keusche Josef, Prominente im Rößl.
Union-Theater: Runder vor Gericht, Ueberaus buntes Programm, 14.30 Uhr. Micky-Maus-Rindervorstellungen.
Salmen: Prima Säger.

Badische Kommunale Landesbank
- Girozentrale -
Öffentl. Bank- und Pfandbriefanstalt
- Mündelsicher -
Mannheim Karlsruhe Freiburg
Besorgung aller bankmäßigen Geschäfte
Ausgabe v. Goldhypotheken-Pfandbriefen u. Kommunal-Gold-Anleihen

Reparaturen an Uhren
aller Art, sowie an Goldwaren u. Brillen
werden mit Garantie ausgeführt.
Wiedemann Waldstraße 69
Billigste Berechnung • Ankauf von altem Gold

Oefen
für Gas, Kohle, Petroleum
zu bedeutend ermäßigten Preisen
Otto Stoll, Eisenwaren, Kaiserplatz

Kaltstelle Kronenstr. 16!
Aussteigen!
Einsie Schritte auf die Sonnenseite und Sie sind bei uns. Hier finden Sie das wundervollste
Herrenzimmer
Möbel - Krämer
Karlsruhe, Kaiserstraße 30

Schlafzimmer
echt echt, mit Stello
Wand, oberer Rand mit
Kunstleder, Spiegel,
Kommode mit Spiegel,
Aufsatz und echt Mar-
mor. Wir verkaufen
den kompletten Zim-
mer mit allen Vor-
richtungen
Hain & Künzler
Waldstraße 8, 777

Ein schwerer Schlag für die KPD.!

AUS DEM INHALT
Der Hamburger Aufstand — Mit Nitro-
glyzerin und Giftampullen gegen die
Republik — Kommunistische Feme-
Morde — Der Mordanschlag auf Seeckt
— Russen in der Leitung — Ein Denk-
mal soll in die Luft gesprengt werden
— Verführte Arbeiter — Die Rolle der
Zentrale — Abrechnung

160 Seiten — Preis:
nur 1,— Mark

Im Dienst der kommunistischen Terror-Organisation
(Tscheka-Arbeit in Deutschland)
Von Walter Zeutschel
Volksfreund-Büchhandlung, Waldstr. 28

VORANZEIGE! Ein Ereignis für Karlsruhe!
Dienstag, 29. sept. Ausverkauf
vorm. 9 Uhr beginnt der große Ausverkauf
infolge Geschäfts-Verlegung zu noch nie dagewesenen Preisen
in Damen-, Herren- u. Kinderkonfektion, ferner Baumwollwaren, Wäsche u. Trikotagen.
Beachten Sie mein nächstes Inserat!
L. Pistiner, Kaiserstr. 24
Heute und Montag, 28. September
wegen Vorbereitung geschlossen

Ämliche Bekanntmachungen
In dem Konturverfahren über das Ver-
mögen des Kaufmanns Friedrich Börner in
Karlsruhe, Nr. 106, ist Termin zur
Beratung der nachträglich angemeldeten For-
derungen bestimmt auf Freitag, den 2. Oktober
1931, vormittags 11 1/2 Uhr, vor dem Amts-
richter hier, Akademiestr. 8, 3. Stock, Zimmer Nr.
253 Karlsruhe, den 23. September 1931. Ge-
schäftsstelle des Amtsgerichts A. 1. 1794

Zwangs-Versteigerung.
4 Bl. 26/31
Im Zwangsversteigerungsamt der Notar
am
Dienstag, den 24. November 1931,
vormittags 9 Uhr
in seinen Diensträumen in Karlsruhe,
Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 10,
die Miteigentumsanteile von je 1/3
ein Drittel — der Kaufleute Friedrich
Fries und Eugen Rieger hier an dem
Hausgrundstück Kaiserstr. 20
auf Gemarkung Karlsruhe.
Die Nachweise über das Grundstück
samt Schätzung kann jedermann einsehen.
Die Versteigerungsanordnung wurde am
8. Sept. 1931 im Grundbuch vermerkt.
Rechte, die zur selben Zeit nicht im
Grundbuch eingetragen waren, sind
insoweit in der Versteigerung, vor
der Aufforderung zum Bieten, anzumel-
den und bei Widerspruch des Gläubigers
alaubhaft zu machen; sonst werden sie im
geringsten Gebot nicht und bei der Er-
lösverteilung erst nach dem Anspruch des

Zwangs-Versteigerung.
4 Bl. 31/31
Im Zwangsversteigerungsamt der Notar
am
Freitag, den 27. November 1931,
vormittags 9 Uhr
in seinen Diensträumen in Karlsruhe,
Kaiserstraße 184, 2. Stock, Zimmer 10
das Grundstück des Karl Schüle, Säger
in Karlsruhe, auf Gemarkung Karlsru-
he.
Die Nachweise über das Grundstück
samt Schätzung kann jedermann ein-
sehen.
Die Versteigerungsanordnung wurde
am 3. September 1931 im Grundbuch
vermerkt. Rechte, die zur selben Zeit nicht
im Grundbuch eingetragen waren, sind ins-
oweit in der Versteigerung vor der
Aufforderung zum Bieten, anzumel-
den und bei Widerspruch des Gläubigers
glaubhaft zu machen; sie werden sonst im
geringsten Gebot nicht und bei der
Erlösverteilung erst nach dem Anspruch
des Gläubigers und nach dem Vorrecht
Rechten berücksichtigt. Wer ein Recht
gegen die Versteigerung hat, muß das
Verfahren vor dem Zuschlag aufheben
oder einwilligen einstellen lassen. Sonst
tritt für das Recht der Versteigerung
erzogen an die Stelle des verfallenen
Gegenstandes.
Grundstücksbesitzer:
Lab. Nr. 5830 — Belchenstraße 55 —
4 a 28 am
Hofreite; 2 a 50 am
Hausgarten; 1 a 78 am
Hierauf steht ein zweistöckiges Wohn-
haus mit Eisenblechdach, 796
Schätzungswert ohne Zubehör 28 000 RM.
Schätzungswert mit Zubehör 26 000 RM.
Karlsruhe, den 22. September 1931.
Notar Dr. IV
als Vollstreckungsgericht.

Vollmer Stumpfen
Die beste Reklame ist
die gute milde Qualität der
Vollmer-Stumpfen!!!

Gaggenauer Anzeigen
Die Abhaltung des Jahrmär-
tes am 27. und 28. September
1931 in Gaggenau.
Der diesjährige Jahrmarkt wird im al-
tgewohnten Umfang abgehalten. Neben der
Verkaufsmesse, die Gelegenheit zum billigen
Einkauf des Herbstbedarfes gibt, werden
Kunstliches Rad, Schautafeln, Spielzeug, 13
Werke für Reitsport, Verlobung und Panora-
ma und andere Bergausstellungen
vorhanden sein.
Der Markt wird am Sonntag, den 27.
September, nachmittags 1 Uhr eröffnet.
Angelassen wird:
1. Am Sonntag, den 27. September von
mittags 1 Uhr bis abends 7 Uhr und
am Montag, den 28. September, von mor-
gens 7 Uhr bis abends 7 Uhr der Ver-
kauf von Marktwaren.
2. Am Sonntag, den 27. September, von
nachmittags 2 Uhr bis abends 10 Uhr
und am Montag, den 28. September, von
mittags 12 Uhr bis abends 10 Uhr, der
Betrieb der Karussellen usw.
Nicht zugelassen werden alle offenen und
verschleierte Glühbirnen, sowie Musikauto-
maten und Drehorgeln.
Die Nebengeschäfte in Gaggenau sind am
Sonntag, den 27. bis 28. Sept., während der
Marktzeit ebenfalls offen.
Käufer und Verkäufer werden zu den Ver-
anstaltungen höflich eingeladen.
Gaggenau, den 25. September 1931. 1792
Der Bürgermeister

Schlafdecken
gibts diese Woche
besonders billig

Wool-Decken
kamelhaarfarbig
mit hübscher Bor-
dre, 140/190 cm
2.00
schöne gemuster-
te, sehr weiche Quali-
tät, 140/190 cm
3.90
kamelhaarfarb. mit
schöner Jacquard-
Borde, 140/190 cm
6.30

Woll-Decken
bunt gemustert,
sehr schöne, weiche
Qual., 140/190 cm
17.—
kamelhaarfarbig,
ganz gute Quali-
tät, mit schön. bun-
ter, 140/190 cm
25.—

ERIB
Kaiserstr. 113

